Objekttyp: **Issue**

Zeitschrift: **Das Konzept : die Monatszeitung**

Band (Jahr): **11 (1982)**

Heft 103

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

ZENTRALBIBLIOTHEK ZÜRICH
4Z 225
Zentralbibliothek
Zeitschriften-Abteilung
Postfach
8025 Zürich

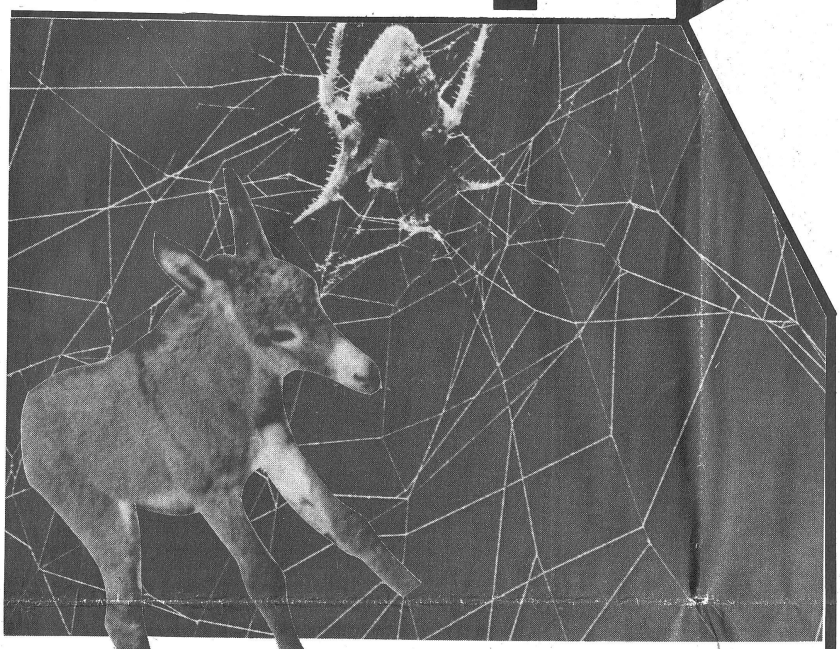
18. Februar 1982 AZ 3000 Bern 1

Redaktion, Inserate:
Erlachstrasse 9, 3012 Bern
Tel 031 23 28 18

1.50 Fr.

das konzept

Monatszeitung



AUSBILDUNG?

DIE DISKRIMINIERTE MEHRHEIT

Wirtschaftskrise und staatlicher Sozialabbau zeitigen ihre ersten Auswirkungen auf die Uni. Was an den Universitäten heute besprochen wird, ist auf dem Lehrstellen- und Arbeitsmarkt schon lange zum Tragen gekommen (Mangel an Lehrstellen, vor allem an guten, die Einführung von Anlehren, etc.). Davon betroffen sind die Mehrheit der Jugendlichen, die nicht die Unis besuchen können. Betroffen sind ganz speziell die Hälfte der Bevölkerung, die Frauen. In einem Artikel und zwei Interviews wollen wir einerseits die Berufsbildungssituation in der Schweiz diskutieren, andererseits auf die Arbeitsmarktsituation für Akademiker und ihre Auswirkungen auf das Studium eingehen.

Von der Zahnarztgehilfin zur Maschinenmechanikerin

Lucie absolviert heute eine Mechanikerlehre in der Lehrwerkstätte Basel. Zu erst hatte sie zwei Ausbildungen in zwei typischen Frauenberufen durchgegangen. In Unserem Interview erzählt sie von den schlechten Arbeitsbedingungen in den Frauenberufen und von iren Schwierigkeiten eine Lehrstelle in einem "Männerberuf" zu bekommen.

Urs Diethelm

Du hast vorher zwei typische Frauenberufe erlernt. Was hast du da für Erfahrungen gemacht?

Auseinander zu halten ist, das es eigentich zwei verschiedene Berufe waren. Beide habe ich aus verschiedenen Gründen nicht gut gefunden. Z. B. Heimerzieherin - das heisst einfach 50-60 Stunden Woche, Samstags- und Sonntagsarbeit. Mit der Zeit fängst du vollkommen an, neben deinem Kollegen- und Bekanntenkreis zu leben. Du arbeitest, wenn diese frei haben. Und dann noch die Arbeitszeit - wenn du 50 - 60 Std. gearbeitet hast, kannst du nicht recht abschalten und wirklich etwas anderes machen, auch von der Problematik des Berufes bist du wahnsinnig belastet.

Beim Zahnarztgehilfinnenjob - hat mir persönlich Schwierigkeiten gemacht, z.B. die sterile Umgebung in einer Praxis. Es ist nur eine zweijährige Lehre, wo du nachher kaum fähig bist dich zu ernähren, geschweige denn, wenn du eine Familie hast, dass du eine zeitlang arbeiten könntest und die Familie ernähren. Nach meiner Ausbildung hätte ich 1200.- Franken verdient.

Ist es möglich, nach ein paar Jahren, wieder in diesen Beruf einzusteigen?

Ja, das kannst du schon - aber auch bei diesem Beruf, wenn ich jetzt wieder einsteigen wollte nach 6 Jahren Unterbruch - hat sich zwar sicher einiges verändert, aber das ginge schon wieder. Es gibt aber sicher auch Zahnärzte die auf die Idee kommen, dir weniger als 1200.- Franken zu zahlen, wenn du solange nicht mehr auf dem Beruf gearbeitet hast.

Was hast du gelernt als Zahnarztgehilfin?

Ich musste lernen die verschiedenen Präparate zu behandlen, die verschiedenen Füllungen zu bereiten, du bist der Handlanger, der "Assistenzarzt" im Prinzip. Du machst viele Arbeiten rundum, die

Fortsetzung S. 4

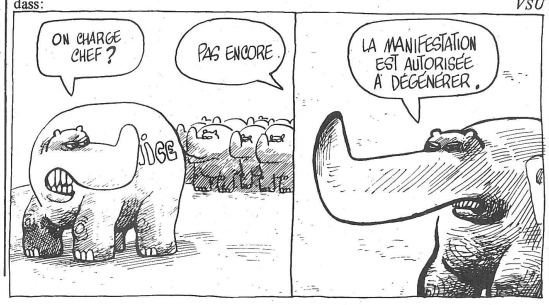
POLIZEI AN DER ZUERCHER UNI

Zum zweiten Mal in der Geschichte der Uni Zürich, zum zweiten Mal auch in der Amtszeit von Erziehungsdirektor A. Gilgen wurden heute am 16.2. in der Uni Polizeitruppen eingesetzt. Dies geschah mit einer bisher an der Uni nie gekannten Brutalität.
Zivilpolizisten behinderten von Anfang an den freien Zutritt zur öffentlich ausgeschriebenen Veranstaltung. Der spätere Einsatz bewaffneter Grenadiere richtete sich gegen Studenten und Studentinnen, denen der Eintritt verwehrt wurde. Dieser Einsatz war provokativ und unnötig, da die Veranstaltung jederzeit durchführbar gewesen wäre, wenn nur alle Zuhörer/innen eingelassen worden wären. Der Verband Studierender an der Universität Zürich (VSU) hält fest dass:

1. es vollkommen überflüssig war, Duzzende von Grenadieren einzusetzen. Die Polizei war schon an der Uni, ohne das nur das geringste rechtswidrige Vorkommnis geschehen wäre. Die einzige wirkliche Gefahr bestand darin, dass Chevallaz nicht mit dem gewohnten Applaus kritikloser Zuhörer/innen rechnen konnte.
2. der Polizeieinsatz an der Uni in eine Reihe von Unterdrückungsmassnahmen gegenüber der Friedensbewegung an der Uni gehört (wie auch das Versammlungsverbot im Dezember 1981).

Wir vom VSU finden, Polizei gehört nicht in ein Bildungsinstitut wo die Fragen unserer Zeit diskutiert werden sollten. Sind Polizeieinsätze die einzigen Argumente, die von Polizei und Militärs gegen die Friedensbewegung vorgebracht werden können?

VSU



EDITORIAL

Nach einer nicht ganz gelungenen Abo-Kampagne und einer ebenso angenehmen Inseratenjagd steht nun das letzte Monatskonzept vor euren Augen; Abonnenten hat es zur Zeit ca. 100 statt wie geplant 2000 (das alte "konzept" hatte deren 6000), und der Inseratenmarkt wurde von der WOZ so gut wie restlos abgegrast, wozu wir ihren Machern nur herzlichst gratulieren können; betrachtet man die Anzahl Abonnenten sowie die der unbezahlten Rechnungen, ist die finanzielle Lage des "konzept" ziemlich ausgeglichen.
Wie kommt es dazu? Als hauptsächliche Kritik seitens der Leser wurde das schlechte Lay - Out hervorgehoben; nun, der Aspekt der Gestaltung der Zeitung ist tatsächlich zu kurz gekommen:dies ist vor allem die Folge der Arbeitsstruktur unserer Zeitung; die meisten Zeitungen, darunter auch "linke" Blätter, lassen die von Herr und Frau Redaktor redigierten Artikel von einem agilen Fräulein (bzw. Männlein) setzen; ein(e) auf kommerziellem Gebiet gewandte(r) Administrator(in) kümmert sich um Abo - Kartei, Inserate und Finanzen; ein ob langjähriger Erfahrung im Bündeln von Zeitungen glücklich seiender Mensch ist für den Versand an die geschätzten Abonnenten verantwortlich, usw.....Je nach Umfang des Blattes gibt es so verschiedene Funktionen, die freudig erfüllt werden können; Redaktoren alternativer Zeitschriften übernehmen beispielsweise oft gern die Montage ihres Blattes: da kann jede Seite bis ins letzte Detail ausgestaltet werden; schöne Arbeit; aber ist es bei den geistigen Gaben der Redaktoren nicht schon Verschwendung wertvoll zerdachter Augenblicke, wenn sie sich auf solch manuelles Tun herablassen?

Der Mensch braucht ein gewisses Gleichgewicht im Leben. *Mmmh.....Die "konzept" - Redaktion wehrte sich von Anfang an gegen den immer wieder auftauchenden Vorschlag, eine professionnelle, in vertikaler Arbeitsteilung (wie oben beschrieben) hergestellte Zeitung herauszugeben. Die Arbeit wurde konsequent horizontal aufgeteilt; das heisst dass jeder Artikel schreibt, diese selber setzt, sich um entsprechende Illustrationen kümmert, einen Teil der administrativen Aufgaben übernimmt usw. Da sich bei dieser Herstellungsart jedes Mitglied der Redaktion in verschiedenste Gebiete einschaffen muss, ist die Anlaufzeit, während der vieles noch nicht klappen kann, viel grösser als bei herkömmlichen Arbeitsstrukturierungen. Die mangelhafte Form und die finanziellen Schwierigkeiten sind also nur Symptome einer langsamen Entwicklung. Anlässlich dieser für den VSS (Verband Schweizerischer Studentenschaften) doch schwerwiegenden Konsequenzen hat dessen Delegiertenrat "beschlossen", strukturelle Aenderungen am "konzept" vorzunehmen.*
Die Redaktion hat mit den Vertretern der interessierten Sektionen einen Vorschlag ausgearbeitet, der folgende Schwerpunkte enthält:
- *"das konzept" soll bis Ende 1982 noch viermal erscheinen, zweimal im Sommersemester und zweimal im Wintersemester.*
- *es sollen lokale Redaktionen aufgebaut werden (je 2 - 3 für Bern, Basel, Freiburg und Zürich), die die Zeitung gemeinsam herstellen.*
- *die ca. 40'000 Franken Kosten, die entfallen werden, sollen hauptsächlich vom VSS, daneben von den Sektionen getragen werden.*

Dies bedingt vor allem vom VSS, dass er bereit ist, "das konzept" als Schwerpunkt seiner Aktivitäten zu sehen und dementsprechende finanzielle Prioritäten festzusetzen. Noch wichtiger aber ist die Mitarbeit der Sektionen: es scheint zwar Einigkeit darüber zu herrschen, dass ein nationales Organ der Studenten notwendig sei, doch ist niemand bereit, konkrete Schritte dafür zu tun. Nach der Diskussion mit den Vertretern der interessierten Sektionen scheinen uns einige Ansätze da zu sein, die deren Bereitschaft zeigen, inhaltlich und finanziell (direkt oder z.B. durch Abo - Kampagnen in den Unis) "das konzept" mitzutragen.
Bis zum nächsten "konzept", das im Mai erscheinen wird, muss nun auch der VSS zum neuen Vorschlag Stellung nehmen und zeigen, ob er wirklich bereit ist, ein politisch notwendiges nationales Organ mit allen Konsequenzen zu tragen.

MANIFEST für das RECHT auf ABTREIBUNG

WIR FRAUEN,
aus allen Kantonen, Schweizerinnen oder Immigrantinnen, die abgetrieben haben; wir Frauen und Männer, die zu einer Abtreibung verholfen haben, verlangen von den Eidgenössischen Räten eine sofortige Liberalisierung der Abtreibung!

Mehr als 100 Frauen treiben in der Schweiz täglich ab. Meist im Versteckten, mit Angst und schlechtem Gewissen.

All diese Frauen werden durch die Abtreibungsgesetzgebung zu Kriminellen gestempelt. Jede Abtreibung ist vom Gesetz her grundsätzlich verboten. Sowohl die betroffenen Frauen selber als auch Personen, die bei der Abtreibung behilflich sind, machen sich strafbar. Nur in einigen wenigen Städten wird das Gesetz liberal gehandhabt. Daher treiben zahlreiche Frauen unter entwürdigenden und gefährlichen Bedingungen illegal ab!

Jene Kreise, welche die Abtreibung als "SUENDE" verurteilen, verstecken mit ihren Argumenten, dass heute einige wenige das Recht haben, über tausende von Frauen zu entscheiden.

Unser Ziel ist, dass Frauen das Recht haben, ihre Mutterschaft frei zu wählen. Deshalb fordern wir:
– Streichung der Artikel 118, 119, 120 des Strafgesetzbuches
– Erforschung besserer Verhütungsmittel und breite Information darüber
– Umfassende Information über verschiedene Formen der Sexualität
– Bezahlung der Abtreibung durch die Sozialversicherung.

Wir wollen, dass das Geschwätz im Parlament, das schon 10 Jahre andauert, aufhört und dass das Recht auf Abtreibung endlich anerkannt wird.

Ein Recht ist kein Zwang – im Gegenteil! Es ist die einzige Garantie für eine wirkliche Selbstbestimmung.

Solange Lügen und Heucheleien um die Abtreibung herrschen, solange werden wir Frauen gezwungen sein, das Gesetz zu umgehen und solange werden wir für das Recht auf Abtreibung kämpfen!

Unterschreibt dieses Manifest!

Spenden sind dringend nötig! Bitte auf PC–30–36880, mit Vermerk "Manifest für das Recht auf Abtreibung"

Name, Vorname	Adresse, Ort	Beruf
1		
2		
3		

Bitte Unterschriften bis spätestens **25. Februar 1982** einsenden an: "Manifest für das Recht auf Abtreibung", Postfach 4023, 3001 Bern

6. März – Internationaler Tag der Frauen

Im Zusammenhang mit dem Internationalen Frauentag 1982 finden in der Schweiz verschiedene Aktionen statt. Sie bringen die Vielfalt der heutigen Frauenbewegung zum Ausdruck. Wir möchten insbesondere auf zwei Demonstrationen hinweisen, die beide am Samstag, 6. März, nachmittags stattfinden:

FRIBOURG
Besammlung 15.30h Comptoir
Hauptforderungen:
- Für das Recht auf Abtreibung
- Gegen Zwang zur Heterosexualität
- Schluss mit Gewalt gegen Frauen
- Kein Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung

Im Anschluss an das Fest findet ein grosses Fest im Salle St. Pierre statt. Uebernachtungsgelegenheiten sind vorhanden.
* Sowohl die Demo wie auch das Fest sind ausschliesslich für Frauen.

LAUSANNE
Besammlung 14.30h
Hauptforderungen:
- Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs
- Gegen Gewalt an Frauen

Nach der Demonstration findet ebenfalls ein Fest statt.

Kontakt Fribourger Demo:
Christine Bendel, Carrière 10, 1700 Fribourg, 037 - 24 07 43

Kontakt Lausanner Demo:
Maya Trösch, c/o OFRA, Quartiergasse 17, 3013 Bern, 031 - 42 04 06

FRAUEZITIG

Am 27. Januar konnte man/frau im Radio hören, dass es der "Frauezitig" nicht so gut gehe, dass eigentlich eine Todesanzeige verschickt werden müsste. Glücklicherweise hätten sich andere Frauen zu einer Zeitungsgruppe zusammengetan, und eine Geburtstagsanzeige könnte ebenfalls erscheinen.

Was dazu sonst noch zu hören war: ein 13-minütiger Verschnitt aus ca. 70 Aufnahmeminuten reduzierte die "Frauezitig", ihr Anfangen und ihr Aufhören auf die Glanz- und Nichtsoglanzzeiten der Zürcher FBB, beziehungsweise der Arbeitsgruppen innerhalb der (ach) nicht so straff organisierten FBB.
Die "neue" solle sozusagen wie eine Phoenixe aus der Asche der "alten" aufsteigen. Nach langen Diskussionen solle sie sogar gleich heissen: "Frauezitig" (FraZ). Sie wolle nicht mehr *die* FBB-Zeitung sein, offener werden (sowohl geographisch als auch feministisch) und politisch wolle die "FraZ" auch berichten.

Gewiss, das haben wir gesagt, im Zusammenhang natürlich.

Was die Frauen von der alten Zeitungsgruppe sonst noch sagten:
Dass sie keineswegs aufgeben mussten (aus was für öffentlichen Gründen auch immer)
Dass die Infrastruktur, d.h. der ganze organisatorische Kram inklusive Postfach, Postcheckkonto, Abonnentinnenkartei und, was die "neuen" sehr zu schätzen wissen, der ganze übriggebliebene Stutz übergeben wird
Dass sie die "neuen" besonders beim Layouten aktiv unterstützen werden
Dass die "neuen" dort weiterfahren, wo ihre (heimlichen?) Träume anfingen/anfangen, und dass sie der "Frauezitig" (FraZ), es lebe der kleine Unterschied, Glück etc. wünschen

Was die Frauen von der neuen Zeitungsgruppe sonst noch sagten und zu sagen haben:
Sie sind sich bewusst, dass sie gewissermassen erben, und sie verstehen dies als Herausforderung
Sie wollen das Prinzip "fremde Artikel einholen" beibehalten und institutionalisieren (Artikel sind willkommen, Adresse weiter unten)
Sie wollen selber auch schreiben
Sie wollen die Auflage erhöhen (bisher 2'500 bis 3'000 Expl.)
Sie Tagträumen:
"FraZ" soll sich zu einer monatlich erscheinenden Zeitschrift mausern, zur Helfezia schlechthin werden (Supertagtraum nach einer aufgestellten Sitzung)
Nicht mehr Gratisarbeit leisten (längerfristig)
Sie erwarten, sind angewiesen auf, Leserinnenbriefe und Beiträge aus der ganzen Schweiz über die ganze Schweiz : ganze Welt (dies ist nicht ironisch zu verstehen)
Sie wollen die beste Frauenzeitung machen
Sie wollen, wie bisher, die "Frauezitig" viermal jährlich erscheinen lassen. Die "FraZ" wird scheinen !
Sie, die "FraZ", kostet 4 Stutz pro Nummer, ist am Kiosk erhältlich, im Handverkauf und im Abonnement (15 Stutz, Unterstützungsabonnement 25 Stutz)
Adresse: "Frauezitig", Postfach 648, 8025 Zürich (PC-Konto 80 - 49646)
Am 6. März in Fribourg !

erika wittwer

XEROX-KOPIEN
10 Rp.
ab 100 Kopien 7,5 Rappen
sortieren GRATIS
A3 - Kopien 30 Rappen
Verkleinerungen 25 Rappen
Neu:
Vergrösserungen 50 Rappen
OFFSETDRUCK
1000 Exemplare Fr. 46.--
5000 Exemplare Fr. 188.--

ADAG
ADMINISTRATIN & TREUH. AG
- Seilergraben 41, 8001 Zürich, Tel. 01/251 49 34
- Sonneggstrasse 25, 8006 Zürich, Tel. 01/47 35 54
- Josefstrasse 32, 8005 Zürich, Tel. 01/42 49 48

LICHTPAUSEN (konkurenzlose Rabatte)
NEU!
DISSERTATIONSDRUCK schnell günstig sauber
Mo. - Fr. 8.00 - 18.00
Samstag: nur Seilergraben 41 9.00 - 12.00 Uhr

FRAUEN-BUCHLADEN
Münstergasse 41, 3011 Bern Telefon 22 82 18
Bücher von Frauen und über Frauen
Zeitschriften / Posters / Schallplatten
Wir bestellen jedes Buch
Öffnungszeiten:
Dienstag–Freitag 10–12.30 und 14–18.30 Uhr
Samstag 10–17 Uhr durchgehend
Montag geschlossen!

218
Cornelia Edding, Jede kann helfen. Was tut eine Beratungsgruppe konkret? Ein Arbeitsbuch rororo aktuell, Fr. 4.80

Wir klagen an . . . Tribunal gegen 218, Buntbuch Verlag, Fr. 19.80

8. Marz
Renate Wurms, Der internationale Frauentag. Wir wollen Freiheit, Frieden, Recht. Zur Geschichte des 8. März, Marxistische Blätter, Fr. 10.50

Beruf
Herta Däubler-Gmelin, Frauenarbeitslosigkeit oder Reserve zurück an den Herd. rororo 4183, Fr. 5.80

Rieke Müller Kaldenberg, Mütter mit Beruf. Die Doppelrolle meistern – gegen Vorurteile und Selbstzweifel, rororo 7418, Fr. 5.80

Helge Pross, Gleichberechtigung im Beruf? Eine Untersuchung mit 7000 Arbeitnehmerinnen in der EWG. Athenäum, Fr. 17.80

Aimeriez-vous changer votre vie ?
mit einem INSERAT im "konzept" wird's möglich

Dossier
POLIZEI & JUSTIZ
Die in 3. Auflage erschienen Broschüre informiert über alle Probleme im Zusammenhang mit einem Strafverfahren im Kanton Bern.
Sie informiert die Angeschuldigten, die Inhaftierten, die Angehörigen u.a. über ihre Rechte und ihre Möglichkeiten.
Die Broschüre gilt für den Kanton Bern.
Preis: Broschüre (107 Seiten): Fr. 5.–
Jur. Anhang (26 Seiten): Fr. 3.–
Zu bestellen bei:
DEMOKRATISCHE JURISTEN BERN,
Postfach 1391, 3001 Bern

Den ganzen Sommer Ferien
Oder wie wär's mit einer ‹Weltreise› in China? Oder mit Deltasegeln, Windsurfen, Tauchen, Reiten...?
Im neuen SSR-Sommer-Katalog fehlt den Ferien keine Seite!
Ruf' einfach an – der Rest ist Staunen!
Telefonverkauf 01/242 31 31
SSR-Reisen
Basel, Bern, Biel, Chur, Luzern, St.Gallen und Zürich
Gratis ganz dicke Ferienpost: der neue SSR-Sommer-Katalog mit Reisezielen an allen Ecken und Enden der Welt. Zum Beispiel: Spitzbergen, Färöer und Grönland für Polarorientierte.
‹Dörf's echli heisser sii...?› Zum Beispiel: Portugal, die Azoren oder Aegäis?
anders als anders
Reisen für junge Leute.

Bücher zum FRIEDEN, zur aktuellen LAGE, neues über MEDIEN und POLITIK, SOZIALES UND POLITISCHES... ZEITSCHRIFTEN, SCHALLPLATTEN, KLEBER, KNÖPFE...
dies alles bei:
BUCHHANDLUNG FÜR SOZIOLOGIE
Münstergasse 41 • 3000 Bern 8 • Telefon 031 22 82 18
übrigens: WIR BESTELLEN JEDES BUCH

das konzept
DIE MONATSZEITUNG
Redaktion: Urs Diethelm, Pierrot Hans, Marianne Högstedt, Jean-François Steiert
Redaktion und Administration: c/o VSS, Erlachstrasse 9, 3012 Bern
Tel. 031 23 28 18
PC-Konto 30 - 24 513
Herausgeber: VSS
Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Lehrerseminarien, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk.
Auflage: 20 000
Abonnemente: 10 Franken oder mehr im Jahr
Inserate: Tel. 01 241 43 37
1-sp mm-Zeile (27 mm): -.62 Fr.
Druck und Versand: Genodruck Biel

STUDIUM — UND DANN ARBEITSLOS?

Akademikerarbeitslosigkeit ? Gerade in Zeiten wenn an allen Ecken gespart wird - und natürlich auch bei den Bildungsausgaben - wird das Gespenst des Akademikerproletariats gerne hervorgeholt. Ueber die (zu hohe) Zahl von Studenten wird dann gerne diskutiert - darüber, wie ein sinnvolles Studium aussehen könnte kaum noch. Wir sprachen mit Dr. Karl Weber vom schweizerischen Wissenschaftsrat, Mitverfasser des vor kurzem erschienenen Berichts "Hochschulbildung, Arbeitsmarkt, Beschäftigung".

mh: Heute wird oft von "zu vielen" Studierenden, von einer drohenden Akademikerarbeitslosigkeit gesprochen. Der Bericht des Schweiz. Wissenschaftsrates "Hochschulbildung, Arbeitsmarkt, Beschäftigung", welcher vor kurzem herausgegeben wurde, setzt sich auch mit dieser Frage auseinander.

Karl Weber: *Es war eigentlich ein Ziel dieses Berichtes zu zeigen, dass man solche Fragen, zu viele oder zu wenig Akademiker, zu viele oder zu wenig Studenten, nicht so einfach beantworten kann. Nimmt man zum Beispiel einen einfachen, jedoch schwachen, Indikator wie die Arbeitslosigkeit, so zeigen die neuesten Untersuchungen über die Neuabsolventen 1980, dass die Arbeitslosigkeit dieser Gruppe, vergleichsweise gering ist. So haben sich 1 Jahr nach ihrem Abschluss nur 2 o/o der Absolventen als arbeitslos bezeichnet. Dies ist aber die heutige Situation. Bei gleichbleibendem Studierverhalten wird die Studentenzahl von 60'000 im Jahre 1980 in den nächsten 6 Jahren auf etwa 72'000 anwachsen. Im Beschäftigungsbereich wird allerdings vermutlich nur ein geringes Wachstum zu verzeichnen sein. Also, muss man annehmen, dass insbesondere infolge der stark wachsenden Studentenzahlen in den Bereichen der Phil - 1 - Fächer, aber auch in Einzelbereichen der Sozialwissenschaften, gewisse sektorielle Beschäftigungsprobleme auftauchen könnten. Auch hochspezialisierte Naturwissenschafter sind betroffen.*

Im Ausland zeigen die Erfahrungen allerdings, dass Akademiker gegenüber anderen Qualifikationsgruppen auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor vergleichsweise geringere Risiken haben: Sie sind weniger arbeitslos. Es muss auch gesagt werden, dass bei gleicher Qualifikation die Beschäftigungsrisiken der Frauen in der Regel grösser sind als die der Männer.

In Bezug auf die Bildungspolitik muss noch gesagt werden, dass die Zahl der Studierenden, die wir heute an den Hochschulen haben, bildungspolitisch gewollt ist; sie ist das Ergebnis des Ausbaus der Mittelschulen, ihrer Dezentralisierung und das Ergebnis einer Politik der Förderung der Chancengleichheit, die in den 60er Jahren angestrebt wurde. Die jungen Menschen haben von diesen Chancen profitiert, jetzt stehen sie vor den Hochschulen. Man muss sich nun rückwirkend fragen, wie sinnvoll es war, eine solche Politik der Chancengleichheit zu betreiben in einem Bildungswesen, **dessen Strukturen weitgehend unverändert geblieben sind,** *also konkret in einer Hochschulstruktur, die eigentlich darauf orientiert ist, Leute für Elitepositionen auszubilden. Demgegenüber ist heute faktisch die Hochschulbildung längst nicht mehr eine hinreichende Bedingung, um eine Eliteposition zu erhalten.*

mh: In anderen Ländern Westeuropas und in den USA ist der Anteil der Studenten und Akademiker wesentlich höher als in der Schweiz: diese Leute haben zum grössten Teil eine Beschäftigung gefunden. Wie ist dies möglich ?

K. Weber: *Wir wissen, dass internationale Vergleiche problematisch sind. Dennoch ist es doch erstaunlich zu sehen, dass die Unterschiede von Akademikern pro Jahrgang zwischen den Ländern erheblich sind. Ich weise z.B. darauf hin, dass in Japan etwa 38 o/o pro Jahrgang inzwischen eine Hochschulbildung haben. Und gleichzeitig wird uns immer vorgeführt, wie tüchtig und erfolgreich Japan, mindestens in einigen Sektoren, ist. In den USA geht der entsprechende Anteil gegen 30 o/o, in Deutschland gegen 20 o/o, in der Schweiz kann man mit etwa 11 o/o rechnen. International gesehen hat die Schweiz nach wie vor eine Position im unteren Teil der Skala. Dieser Sachverhalt belegt zunächst für mich einfach die Tatsache, dass es sehr unterschiedliche Vorstellungen darüber gibt, wie viele Akademiker ein Land verkraften kann. Dahinter verbergen sich sicher auch unterschiedliche Vorstellungen, welche Arbeit sinnvollerweise von Akademikern verrichtet werden kann. Warum soll beispielsweise in Zukunft ein Gemeindeschreiber nicht auch über eine akademische Bildung verfügen?*

mh: In der Schweiz ist die Ausbildung nicht mit einer künftigen Stelle gekoppelt: es ist wohl eine eher glücklicher Zufall, wenn die Mehrheit der Hochschulabsolventen eine geeignete Stelle findet. Was kann der Staat hier tun?

K. Weber: *Wir haben im Bericht etwa diskutiert, wie privilegierte Kopfarbeit, die heute auf einige wenige hochqualifizierte Personen verteilt ist, auf möglichst viele verteilt werden könnte. Konkret könnte das heissen, dass z.B. Leute in höheren Positionen ihre Texte nicht nur diktieren, sondern auch selbst schreiben. Diese Verteilung der befriedigenden, der kreativen Arbeit führt notwendigerweise zu einer gewissen Umstrukturierung bezüglich der Entlöhnung. Es gibt namhafte Professoren, die auch darauf hinweisen, dass es ein zentrales Problem des Beschäftigungssystems sein wird, attraktive Arbeitsplätze zu schaffen, weil sonst gewisse Arbeiten nicht mehr ausgeführt werden.*

Darüber hinaus ist es wohl unbestritten, dass es in unserem Land genug Bereiche gibt, wo man Akademiker sinnvoll einsetzen könnte: Gesundheitsvorsorge, Gesundheitsnachsorge, im Bereich des Sozialwesens, der psychiatrischen Betreuung; dann Stadterneuerung, Dorf- und Gebäudesanierungen usw. Es gibt einen ganzen Katalog von Problemen, die meiner Meinung nach durchaus bearbeitungswürdig wären und wo der Staat etwas tun könnte. Demgegenüber ist es wohl gegenwärtig so, dass die Finanzknappheit jede Diskussion über eine materielle Politik erschwert, bzw. verhindert.

mh : Es wird oft behauptet, Akademiker würden Nicht-Akademiker aus ihren Berufen verdrängen; dies trage auch dazu bei, die Akademikerarbeitslosigkeit niedrig zu halten.

K. Weber : *Ja, die Frage der Verdrängung spielt in der bildungspolitischen Diskussion eine grosse Rolle. Mir scheint, der Begriff Verdrängung ruft falsche Vorstellungen hervor. Wir verfügen kaum über Informationen, aber die Ergebnisse der Untersuchung über die Hochschulabsolventen 1980 zeigen, dass lediglich 6 von ihnen Stellen besetzt haben, die früher durch Nicht-Hochschulabsolventen eingenommen wurden. Wenn man aber von Verdrängung spricht, tut man so, als ob die Aufgaben und die Berufsstruktur stabil geblieben wären. In Tat und Wahrheit ist es eher umgekehrt: die Aufgaben und Probleme, die an den einzelnen Stellen gelöst werden müssen, werden komplizierter, stellen höhere Anforderungen. Insgesamt stört mich, dass in der bildungspolitischen Diskussion diese Verdrängung allen Leuten sofort als bildungspolitisches Problem plausibel erscheint, dass ich aber sehr oft den Eindruck habe, dass man vor allem dann von Verdrängung spricht, wenn man eigentlich sagen will, es würde zu viele Akademiker geben. Dabei bleiben die qualitativen Veränderungen der Berufsstruktur und der Arbeitsteilung ausser Acht.*

mh: In diesem Zusammenhang wird häufig die Meinung vertreten, übrigens auch von Hochschulvertretern, die Studenten seien schlecht ausgebildet, die Qualität sei in den letzten Jahren gesunken.

K. Weber: *Dies ist schwierig zu beantworten, zum Teil fehlen uns einfach die Informationen, vor allem die Kriterien, um die Leistungsfähigkeit von Hochschulabsolventen heute und vor, sagen wir, zehn Jahren zu vergleichen. Solche Vergleiche scheinen weder theoretisch noch methodisch machbar. Und ich glaube nicht, dass etwa Statistiken über Durchfallquoten in diesem Sinn ein Indikator sein können. Höhere Durchfallquoten z.B. in der Medizin oder der Oekonomie sagen noch nichts aus über die Leistungsfähigkeit der Studierenden, sondern man müsste sehr genau untersuchen, was verlangt wird - heute und vor zehn Jahren. Und ich hätte die bestimmte Vermutung, dass heute bedeutend mehr verlangt wird als früher. Aussagen über mangelnde Qualität müssen auch immer in einem soziokulturellen Zusammenhang gesehen werden. Ich möchte darauf hinweisen, dass 1937 eine internationale Studie mit einem Beitrag über die Schweiz erschienen ist, und dort werden Sachen über die mangelnde Qualität der Studierenden, ihre mangelnde Leistungsfähigkeit, usw.,gesagt, also Argumente geliefert, die man heute im gleichen Wortlaut wieder hört. Also, ich habe die Vermutung, dass die Frage der Qualität, der schlechten Qualität, vor allem dann hervorgehoben wird, wenn man den Eindruck hat, es wären zu viele Akademiker auf dem Arbeitsmarkt oder zu viele Studierende an den Hochschulen. Dies im Sinne eines verobjektivierenden Argumentes zugunsten einer restriktiven Mengenregulierung.*

Generelles zum Bedarf an Akademikern. Es ist in unserem System grundsätzlich nicht möglich, den Bedarf zu planen. Es besteht ein timelag zwischen der Ausbildungsentscheidung und dem folgenden beruflichen Engagement, von etwa 6 - 7 Jahren. Ein Ausbildungsangebot gemäss quantitativem Bedarf ist selbst im Bildungssektor kaum durchsetzbar. Arbeitgeber können auch nicht zur Anstellung von Akademikern verpflichtet werden. Die Bildungspolitik sieht sich also einem unscharfen Bedarf an Akademikern gegenüber, wobei unscharf auch heisst, dass es ein machbarer, ein aushandlungsfähiger Bedarf ist. Eine Antwort auf diese Situation ist die Förderung der Flexibilität der Akademiker. Dies gilt vor allem für diejenigen Ausbildungsbereiche, wo der Zusammenhang zwischen erworbener Ausbildung und Beruf relativ lokker ist.

mh: Was heisst dies für die Ausbildug?

K.Weber: *Die Studiensituationen müssen so strukturiert werden, dass sie zu einem selbsttätigen Studieren herausfordern. Wir glauben nicht, dass man die Selbständigkeit als oberstes Ziel für Akademiker setzten kann, ohne dass diese Selbständigkeit im Ausbildungsplan selber zum obersten Ziel gemacht wird.*

Das zweite ist, dass wir den Eindruck haben, dass theoretisches, methodisches und strategisches Wissen eher wichtiger sind als ein mehr oder weniger eng umschriebener Kanon positiven Wissens. Dies einfach deswegen, weil das positive Wissen relativ schnell revidiert und erweitert wird, und deswegen schnell veraltet. Entscheidend ist also die Frage, wie können Studenten befähigt werden, sich dieses Wissen zu organisieren. Wie können sie die verschiedenen Wissensquellen anzapfen? Dabei sind natürlich Fragen der Fähigkeit zur Zusammenarbeit, , der Fähigkeit, miteinander sprechen zu können selbsverständlich und von hervorragender Bedeutung.

Was den Praxisbezug betrifft, ist es natürlich so, dass dieser für die verschiedenen Studiengänge sehr unterschiedlich aussieht. Zunächst möchte ich nur darauf hinweisen, was nicht **nur** *gemeint ist. Gemeint ist nicht nur die Vermittlung von Skills und relativ engen Fertigkeiten im Bereich des Marketing oder der medizinischen Intervention, usw.Das ist* **auch** *gemeint, aber nicht nur. Entscheidend scheint uns die ganze Reflexion der Praxis, des Praxisbezugs. Wichtig ist vor allem, dass die Hochschulen das Kapital, das sich die Praktikanten in der Arbeitswelt in Form von Wissen und Erfahrung aneignen, systematisch auswerten und reflektieren, und sich überlegen, was das für die Gestaltung des Sudiums bedeutet.*

mh: Eine letzte Frage: für die meisten geht die Ausbildung nach einigen Jahren zusammenhängender Ausbildung zu Ende; dies gilt sowohl für Akademiker wie Nicht-Akademiker. Wäre es nicht möglich, die Ausbildung mehr in Richtung rekurrenter Bildung zu orientieren?

K. Weber: *Der Wissenschaftsrat hat in diesem Bericht darauf hingewiesen, dass der Ausbau der rekurrenten Bildung, also eines systematischen Wechsels zwischen Berufsausübung und der beruflichen Bildung, ein wesentlicher Beitrag wäre, um Abstimmungsprobleme zwischen Hochschul- und Beschäftigungsbereich zu verringern. Die Vorstellung ist die, dass langfristig in einem Grundstudium eher eine breite Ausbildung vermittelt werden soll, dass dafür in der rekurrenten Weiterbildung vor allem spezielle Qualifikationen erworben werden sollen. Also, der Ausbau eines rekurrenten Bildungssystems würde wohl die ganze Studienstruktur, wie wir sie heute an der Hochschule haben, verändern. Das zweite ist, dass wir davon ausgehen, dass mit dem Ausbau des rekurrenten Bildungswesens vor allem auch dank dem oben erwähnten Praxisbezug die Hochschulen zusätzliche Impulse erhalten könnten. Uns würde das wichtig scheinen in einer Zeit, in der die Spannungen zwischen den Hochschulen und ihrer Umwelt, und viele Indikatoren scheinen das zu belegen, zunehmend grösser werden. Hier liegt auch ein strategisches Element, den gesellschaftlichen Auftrag, den die Hochschulen haben, etwas stärker zu gewichten. Freilich sei nicht verschwiegen, dass man auf der einen Seite zwar sehr schnell einen Konsens über die Notwendigkeit der rekurrenten Bildung findet, dass die Realität aber doch etwas anders aussieht.*

Die Frage der Rekurrenz ist als bildungspolitisches Postulat unbestritten. Bis heute ist diesbezüglich sicher auch wenig passiert. Dass nicht mehr geschehen ist, hängt wahrscheinlich damit zusammen, dass die Hochschulen die Herausforderungen, die mit dieser Aufgabe verbunden sind, noch zu scheuen scheinen.

Kassensturz

Juristerei als Kunst des politisch möglichen

Vor gut einem Jahr hat ein den Wehrhaften Berner Studenten (WBS), eine konservative Unigruppierung) angehörender Jus - Student den obligatorischen Semester - Beitrag von Fr. 22.50 an die Kasse für studentische Zwecke (KZS) verweigert. Als Folge davon ist er vom Rektorat aus der Liste der Studierenden gestrichen worden. Diese Verfügung focht er vor der Erziehungsdirektion an, welche seine Beschwerde abwies. Dasselbe entschied auch der Regierungsrat als nächste Instanz, der die Verfassungsmässigkeit der Berner Studentenschaft (SUB) bejahte und die Finanzierung als gesetzlich genügend erachtete. Das Verwaltungsgericht har nun am 1. Februar anders entschieden: Einstimmig hat es die bisher zwangsweise geschuldeten Beiträge an die KSZ für gesetzeswidrig erklärt, das heisst, dass die Abgaben an die SUB nach altem Unigesetz freiwillig werden. Der Einfluss auf die gleichzeitig in die 2. Lesung gelangende Teilrevision des Unigesetzes ist evident: Die Beiträge müssen, dem Urteil und der höchstrichterlichen Rechtsprechung entsprechend, im Gesetz klar abgestützt werden, soll sich nicht ein gleicher Fall wiederholen.

Die andere Seite des Urteils

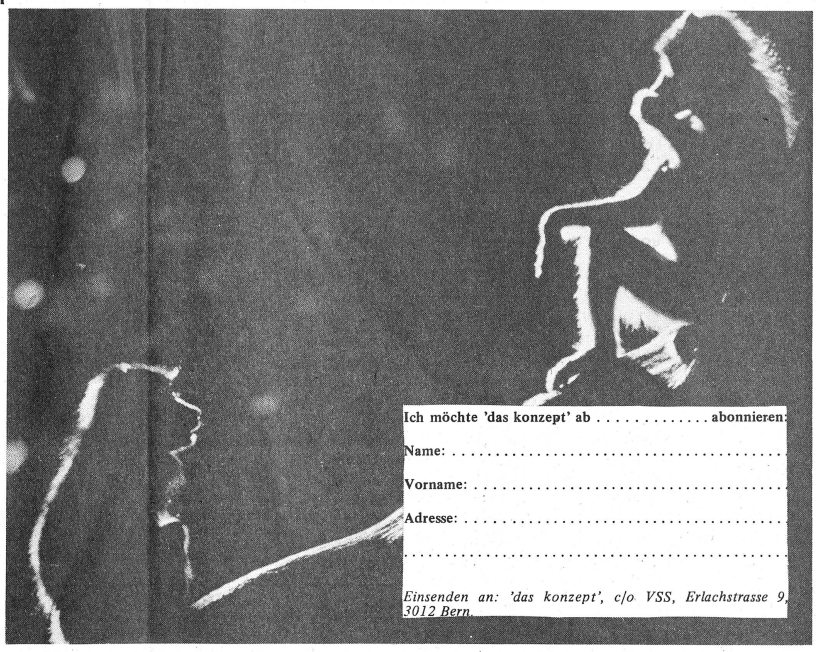
So unerfreulich dieser erste Entscheid aus studentischer Sicht ausgefallen ist, umso grössere Zustimmung hat die Tatsache hervorgerufen, dass mit dem zweiten Entscheid, nämlich die mangelnde gesetzliche Grundlage auch für die unliebsame KSZ, einem "Rechten" endlich das gelungen ist, was die "Linke" in 9 Jahren nicht erreicht hat: die Abschaffung der KSZ als Kontrollinstanz über die Verwendung studentischer Gelder, mit anderen Worten: **Finanzautonomie.**

Konsequenzen des Urteils

Müssen einerseits die Gebühren an die Studentenschaft im Gesetz ausdrücklich verankert werden und mit ihr auch die Verwaltung der Gelder durch die SUB, so wird anderseits der Grosse Rat versuchen, mit der Reduzierung der Aufgaben die politische Kastration der ihm nicht genehmen SUB zu erreichen. Damit wird die ganze Revision aus studentischer Sicht äusserst fragwürdig, und es wird sicher das Referendum dagegen ergriffen. In einer Volksabstimmung hätte ein Unigesetz zu viele Feinde, um angenommen zu werden. Somit gälte wieder das alte Gesetz, das aber keine gesetzliche Grundlage für die obligatorischen Beiträge an die SUB enthält. Ein in Aussicht gestellter Sonderkredit des Regierungsrates als Uebergangsregelung bis zur Inkraftsetzung der Revision oder bis zur definitiven juristischen Klärung ist so oder so die Folge, denn eine Studentenschaft, der durch das Gesetz aufgaben übertragen werden, aber der die zur Verwirklichung dieser Aufgaben notwendigen finanziellen Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden, ist sinnlos. Allein mit freiwilligen Spenden können die Gesprächspartnerschaft gegenüber zuständigen Stellen, die studentischen Wahlen in universitäre Gremien und das umfassende Dienstleistungsangebot nicht aufrecht erhalten werden.

Eine juristische Klärung tut not nach diesem Urteil. Das Schicksal der Teilrevision hängt aber nicht nur vom Resultat der Neuorganisation der SUB ab, sondern weitgehend von der Mitbestimmungsfrage, und da hat sich ein grosser Teil der Studierenden referendumswillig (nach der Initiative "UNI FUER ALLE" schon wieder Unterschriften sammeln!) geäussert, falls in der 2. Lesung nicht wesentliche Verbesserungen zustandekommen. Unsere Forderung lautet nach voller, unausschliessbarer Mitbestimmung, die dieses Wort verdient. In erster Lesung hat der Grosse Rat beschlossen, dass die Fakultätssatzung vorsehen kann, "dass Assistenten und Studenten bei bestimmten Geschäften **nicht oder nur mit beratender Stimme** mitwirken". (Art. 41 Abs. III) Die SUB verlangt Streichung dieses Satzes. Hier werden die Würfel fallen !

Christoph Lerch, SUB-Vorstand



Ich möchte 'das konzept' ab . . . . . abonnieren:

Name: . . . . . .

Vorname: . . . . . .

Adresse: . . . . . .

. . . . . .

Einsenden an: 'das konzept', c/o VSS, Erlachstrasse 9, 3012 Bern.

Zwei "konzept"- Redaktoren bei Sonnenuntergang, studentische Zukunftsaussichten zerdiskutierend. Nun wär's an der Zeit (vor dem nächsten Sonnenaufgang), unerkannterweise 10.- (oder mehr) auf Konto 30 - 24 513 einzubezahlen;damit würdest auch du zu den Scharen anonymer "konzept"- Leser stossen, die nicht mehr jeden Monat in ihre Lieblingsschule schleichen müssen, um ihre WC - Lektüre zu erhaschen.

Du machst viele Arbeiten rundum, die man nicht gross lernen muss. Ich musste telephonieren, den Leuten den Mantel abnehmen, das dreckige Geschirr abwaschen und Lavabo putzen, das gehört alles dazu. Im dem Sinn habe ich in diesem Beruf nicht sehr viel lernen müssen. Was dazu kommt: Im ersten Jahr hatten wir gar keine, im zweiten Jahr einen halben Tag Schule. Das zeigt etwas, was du an Fachlichem überhaupt vermittelt bekommst.

Hast du auch eine Chance nach der Ausbildung angestellt zu werden?

Es ist einfach so - ich weiss das von Schaffhausen wie es gleaufen ist, und das wird wohl überall so sein. Pro Praxis ist mindestens eine ausgelernte und wenn jemand die Lehre fertig hat und die, die schon ausgelernt ist, nicht aus irgendwelchen gründen weg geht, dann wird diejenige, die die Stifte fertig gemacht hat, weggehen müssen. Zu meiner Zeit ist noch etwas weiteres dazugekommen. Bei den tiefen Löhnen, die die Zahnärzte zahlten, haben sich viele Frauen gesagt, ja ich verdiene auf dem Büro, wo ich zwar keine Lehre gemacht habe, 200 - 300.- Franken mehr. Durch das haben sie eine Zeitlang eher einen Personalmangel gehabt. Die Frauen sind aber wieder zurückgekommen, als auf den Büros rationalisiert wurde, dann wollten sie wieder auf ihren Beruf zurück. Wie heute das Angebot ist, weiss ich nicht genau.

Wie bist du dazugekommen, eine Mechaniker-Lehre anzufangen?

Nach meiner Ausbildung und verschiedenen Tätigkeiten im Sozialbereich, hatte ich mich im Alter von 22 Jahren entschlossen, nochmals eine Ausbildung zu machen. Ich hatte das Bedürfnis etwas völlig Neues zu erlernen. Von meiner Vorstellung her, dass ich meinen Lebensunterhalt immer selber verdienen möchte, konzentrierte ich mich auf Berufe mit Zukunft sowie gut Umschulungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Das Gebiet der Technik wurde meinen Ansprüchen gerecht. Dass mein Interesse an der Technik riesengross war, wäre erlogen. Für mich war das Ganze unfassbar und ich wusste zu wenig um mich überhaupt dafür zu interessieren. Während meiner Berufssuche setzte ich mich mit diesem Komplex auseinander und bemerkte, dass ich mehr darüber wissen möchte.

So begann ich die verschiedenen Berufe in der Metallindustrie unter die Lupe zu nehmen und entschied mich eine Lehre als Maschinenmechanikerin zu beginnen. Meine Erlebnisse auf der Lehrstellensuche waren zum grössten Teil sehr erniedrigend und frustrierend. In den Privatbetrieben werden gererell keine Frauen für diesen Beruf zugelassen. Gerne wollten die Herren mit dem Garderoben- und Toilettenproblem argumentieren; wenn ich diese faulen Ausreden zurück wies, hiess es einfach, ich sei ein Einzelfall und erst wenn sich mehrere Mädchen melden, könnte ich in einer Schnupperlehre meine Fähigkeiten beweisen.

Ein Personalchef hatte noch die Frechheit mir zu sagen, was ich in einem Männerberuf zu suchen hätte, und überhaupt, Technik sei nichts für Frauen.

Warum soll die Technik kein Gebiet für Frauen sein?

Die meisten Frauen wurden von Kind auf von diesen Sachen mehr oder weniger ferngehalten. Dadurch ist unser technisches Verständnis oft geringer als das der Männer, doch ist es nicht auszuschliessen, dass es Mädchen und Frauen gibt, die ein Interesse haben und auch bereit sind ihr fehlendes Wissen aufzuarbeiten. Heute ist es aber selbst für diese Mädchen sehr schwierig bis unmöglich eine solche Lehrstelle zu finden. Auch die Wahrscheinlichkeit, dass ein Berufsberater eine junge Frau auf diese Berufe aufmerksam macht, ist gering, oder es wird ihr sogar davon abgeraten und keine Hilfe angeboten.

Einzig in der staatlichen Lehrwerkstätte war eine Bereitschaft vorhanden auch Frauen aufzunehmen. Ich bekam also eine Lehrstelle als einzige Frau neben 83 Männer.

Natürlich ist es für mich nicht immer einfach in dieser Männerwelt zu existieren. Ich wurde vor allem am Anfang sehr stark in Frage gestellt, auch von Seiten der Lehrlinge. Ich musste als erste Frau meine Fähigkeiten besonders beweisen. Es heisst für mich immer in der Offensive zu sein. Trotzdem fühle ich mich eigentlich recht wohl und akzeptiert, aber in gewissen Fragen setehe ich allein auf weiter Flur. z.B. Im Kampf gegen frauenfeindliche Sprüche und Verhaltensweisen finde ich nur selten Unterstützung. Die meisten Lehrlinge haben sich auch noch kaum mit diesem Thema auseinandergesetzt. Aber dank meinem guten Selbstvertrauen und meinem Altersvorsprung lässt sich die Situation meistern.

Was die Körperbelastung anbelangt muss ich sagen, dass eine Arbeit die man und frau zwingt den ganzen Tag auf den Beinen zu sein, anstrengend ist. Aber ich weiss auch, dass es viele Berufe gibt (z.B. im Spital, oder in Kaufhäusern Gestelle auffüllen u.s.w.) die ebenso schwere Arbeiten sind, aber Frauen durchaus zugemutet werden.

Für schwere Werkstücke kann in der Industrie ein Kran zu Hilfe geholt werden; wenn hingegen im Spital ein Patient plötzlich umfällt, muss sofort angepackt werden.

Ein gesunder Körper wird sich auf solche Tätigkeiten einstellen und entsprechend robuster werden. Ich habe meinen Entscheid auf jeden Fall bis heute nicht bereut, allein schon weil er meinen Horizont enorm erweitert hat.

Zum Schluss

In der Zwischenzeit fasziniert mich die Technik

Spendenaufruf der 'Gesellschaft für bedrohte Völker' für die 'Akwesasne Notes'

Die 'Akwesasne Notes', die größte panindianische Zeitung Amerikas, die seit mehr als 10 Jahren kontinuierlich über Menschenrechtsverbrechen an den Indianischen Völkern Amerikas und an Minderheitenvölkern in aller Welt berichtet, befindet sich in einer akuten finanziellen Notsituation, die ihre Existenz bedroht. Durch die Belagerung des Akwesasne Reservates in den vergangenen 2 Jahren, steigende Herstellungskosten und den Zusammenbruch der Setzmaschine sind die Mittel der Zeitung völlig erschöpft.

Die 'Gesellschaft für bedrohte Völker' ruft zu einer Spendenaktion für die 'Akwesasne Notes' auf. Diese Zeitung, die als einziges indianisches Medium die internationale Öffentlichkeit über die Verbrechen an den Indianischen Nationen informiert und über seinen Informations- und Aktionsdienst 'ERIN' regelmäßig zu Protestaktionen aufruft, darf gerade jetzt in einer Zeit, in der sich die Situation von vielen Minderheitenvolkern ständig verschärft, und ihnen immer öfter die fundamentalsten Menschenrechte vorenthalten werden ihr Erscheinen nicht einstellen! Uns allen ginge damit eine wesentliche Informationsquelle über das indianische Amerika verloren!

Spenden können auf das Sonderkonto 'Humanitäre Hilfe' der 'Gesellschaft für bedrohte Völker', Gemeinnütziger Verein,

Postscheck Hamburg 7400
Stichwort 'Akwesasne Notes'

überwiesen werden.

BERUFSBILDUNG – wer kann eigentlich noch wählen?

Von den meisten, die einmal die Hürde der Matura geschafft haben, wird die freie Wahl der Studienrichtung als eine Selbstverständlichkeit angesehen. Auch die Chance, eine gute bezahlte Stelle zu finden, ist gross. (Ueber die Qualität von Ausbildung und Beruf ist damit aber nichts gesagt.)

Für die meisten jungen Leute, welche nach 9 Jahren ihre Schulzeit beenden, sieht es aber ganz anders aus. Ein beachtlicher Teil (v.a. der Mädchen) erhält überhaupt keine weitere Ausbildung, und diejenigen, die eine Lehre anfangen, können dies oft nicht im gewünschten Beruf machen. Offene Lehrstellen gibt es vor allem in Berufen mit schlechten Zukunftsaussichten. Besonders betroffen sind selbstverständlich(?) die Mädchen, die sich auf einige wenige, schlecht entlöhnte Berufe konzentrieren, aber auch junge Leute aus ländlichen Gegenden, Ausländer, sog. 'schwache' Schüler, Behinderte . . .

Die Schulzeit ist vorbei! Vorbei die muffige, staubige Schulatmosphäre – draussen ist die Luft voller Freiheit und Abenteuer!

Die Welt liegt den Jungen (angeblich) zu Füssen, denn jetzt kann jede und jeder das machen, was sie (er) will: auch den Beruf erlernen, von dem sie (er) schon lange geträumt hat. Ja, ja, . . . es können selbstverständlich nicht alle Filmsternchen oder Pilot werden, aber eine den Neigungen und Fähigkeiten passende Ausbildung und Beruf, das ist möglich. Angeblich. Auch für die Schulmüden und Lernunwilligen gibt es heute gute Chancen. Gerade für sie bieten viele Unternehmen 'vielseitige' und 'interessante' Anlehren an, und auch der direkte Einstieg ins Berufsleben ist möglich: 'unsere' Wirtschaft braucht auch 'starke' Männer und 'flinke' Hilfsarbeiterinnen.

SCHUELMUEDE?

Doch die berühmte Schulmüdigkeit sollte uns zu denken geben: über das Schulsystem, das sie hervorruft und vielen die Lust nimmt, etwas zu lernen. Jedenfalls all denen, die nicht unterstützt werden, eine Berufsausbildung zu machen. Denn diese Lernunwilligkeit schlägt nicht gleichmässig zu; gerade die während der Schulzeit so braven und fleissigen Mädchen werden plötzlich von dieser heimgesucht: ganze 40 o/o wollen nach der obligatorischen Schulzeit einfach nichts mehr lernen! Viel 'vernünftiger' sind hier die Buben, sie denken an ihre Zukunft, und nur 14 o/o verzichten auf eine Weiterbildung. Besser gesagt: viele Eltern setzen sich für eine 'solide' Ausbildung ihrer Söhne und gute Heiratschancen ihrer Töchter ein.

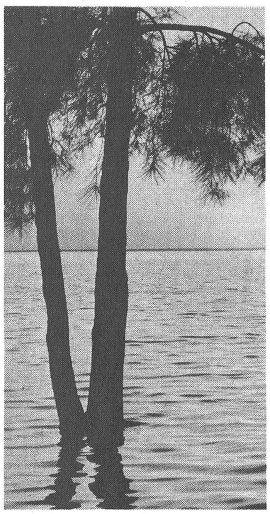
Welches junge Mädchen

das sich vielleicht nocht nicht sofort für eine Lehre entschliessen konnte, möchte in einem unserer verschiedenen Geschäfte (Reform- od. Schuhboutique-Branche) während ca. eines Jahres «schnuppern»? (05-6235

DER LEHRSTELLENMARKT

Wenn wir uns mit Globalzahlen zufriedengeben, könnten wir vertreten, die Situation auf dem Lehrstellenmarkt hätte sich wesentlich verbessert. Seit 1974 hat die Gesamtzahl der Lehrverträge um mehr als 10 o/o zugenommen, und mehr Mädchen haben heute eine Chance: 20 o/o mehr Mädchen unterschreiben heute einen Lehrvertrag als 1974. Ihr Anteil beträgt trotzdem nur 1/3 aller Lehrlinge. Und derjenige der Ausländer beträgt 9 o/o, das bei einem doppelt so hohen Ausländeranteil dieser Altersgruppe.

Ein Blick auf die verschiedenen Branchen zeigt, dass die Lehrstellenentwicklung alles andere als gleichmässig verlaufen ist. Rezessions- und strukturbedingt ist vor allem im grafischen aber auch im Baugewerbe sowie in einzelnen Zweigen der Metall- und Maschinenindustrie die Anzahl der Lehrstellen massiv zurückgegangen. Dies sind gerade Branchen mit relativ guten Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen. Ein massiver Zuwachs der Lehrstellen hat es bei den Kellnern/Serviceangestellten gegeben: in der Zeit von 1974 bis 1979 ein Zuwachs um 260 o/o, die Berufe Bäcker/Konditor und Koch zeigen Zuwachsraten der Lehrstellen um über 100 o/o für die gleiche Zeitspanne auf. Ein Wachstum von über 40 o/o haben wir bei den Verkäufer/innen, Coiffeusen und kaufmännisch Angestellten.



Was heisst dies nun tatsächlich für die betroffenen Lehrlinge?

– Die Erhöhung der Lehrstellen ist hauptsächlich in den kleinen Betrieben erfolgt und wird durch keine entsprechende Expansion der Berufsmöglichkeiten begleitet. Gerade in den kleinen Betrieben werden die Lehrlinge praktisch von Anfang an als Arbeitskräfte eingesetzt, die Ausbildung ist einseitiger, die Entlöhnung oft schlechter, sodass es nicht einfach polemisch ist zu sagen, diese Betriebe verdanken ihrer Existenz weitgehend der billigen Arbeitskraft ihrer Lehrlinge. Viele dieser Lehrlinge finden später keine Arbeit im erlernten Beruf!

– Die grösseren Möglichkeiten für Mädchen, heute eine Lehrstelle zu finden, bestehen nur insofern, als sie bereit sind, in eine der wenigen typischen Frauenberufe einzusteigen. Fast 75 o/o aller weiblichen Lehrlinge verteilen sich auf bloss 5 Lehrberufe: Kaufmännische Angestellte, Büroangestellte, Verkäuferin, Coiffeuse, Apothekerhelferin. Die Chancen, in diesen Berufen eine Stelle zu finden, sind oft sehr schlecht. Zudem sind die Arbeitsbedingungen oft miserabel: Löhne zwischen 1200 und 1500 Franken pro Monat sind bei Verkäuferinnen keine Seltenheit (auch bei unseren Freunden vom 'sozialen Kapital' oder der SP-nahen COOP).

Der überproportionale Anstieg der Lehrstellen gerade in diesen typischen Frauenberufen führt zu einer stärkeren Ausrichtung der Mädchen gerade auf diese Berufe. Zudem stehen schlicht und einfach viel mehr Berufe den Jungen offen als den Mädchen. Als Beispiel: im Kanton Waadt waren dieses Jahr nur in 16 Lehrberufen keine Jungen vertreten, hingegen waren es 111 ohne Mädchen.

– Die Anlehren: Neben Anlehren von einem Monat oder weniger gibt es auch die "anerkannten" 1- bis 2-jährigen. Kürzere, auf den Betrieb zugeschnittene Ausbildung, schlechtere Entlöhnung, verstärkte Hierarchie im Betrieb. Gerade für Mädchen, die bekanntlich kürzere Lehren wählen, werden zwei 'attraktive' Anlehren vermehrt angeboten: Büroangestellte (über 80 o/o Mädchen) und technische Zeichnerin.

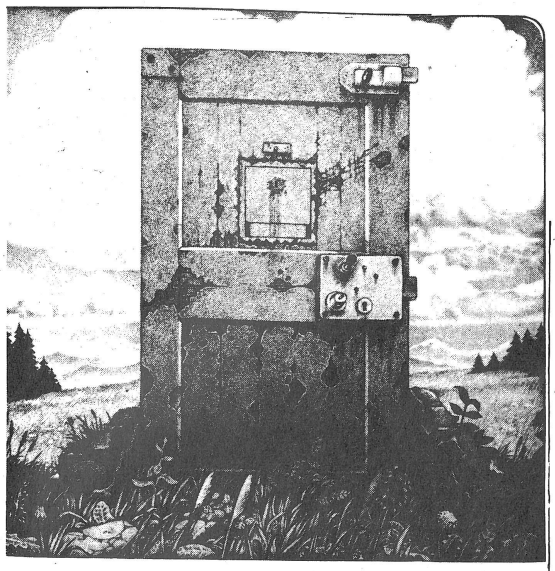
– In die gleiche Richtung gehen die Schnupperlehren: Obwohl sie Einzelnen sicher bei der Berufswahl helfen können, werden "Schnupperlehrlinge" oft als billige Arbeitskräfte missbraucht. So gibt es Coiffeurbetriebe, die 20 und mehr billige Shampooneusen pro Jahr auf diese Art erhalten.

WER WAEHLT WAS?

Wie wir gesehen haben, ist das Angebot an 'gute' Lehrstellen beschränkt, besonders für Mädchen, für alle junge Leute aus ländlichen Regionen, für Ausländer, 'schwache' Schüler und Behinderte. Zudem hängt es einzig und alleine vom Lehrmeister ab, wen er anstellen will: er kann auf Schulnoten, Erfahrung, Sympathie abstellen, er kann das Bestehen einer Prüfung verlangen. Die/der Lehrling kann also nicht einfach sagen: ich habe gute Schulnoten, bin praktisch begabt und habe zudem etwas Erfahrung, jetzt müsst ihr mich nehmen! Recht auf Ausbildung – woher? Sondern: weitersuchen, bis man einen 'verständnisvollen' Lehrmeister gefunden hat.

Für Mädchen heisst dies oft einfach offene Diskriminierung: wenige Betriebe (ausser die 'typischen' Frauenberufe) wollen dieses 'Risiko' eingehen. (Es gibt allerdings einige wenige löbliche Ausnahmen, wo es Frauen ermöglicht wird, einen 'Männerberuf' zu lernen.) Zudem gibt es ganze Berufszweige, die sich weigern, Frauen auszubilden (Goldschmiedeverband, SBB, etc.).

Sehr wichtig für die Wahl der Lehrstelle scheinen persönliche Beziehungen zu sein. Gemäss der Untersuchung "Schweizer Lehrlinge zwischen Ausbildung und Produktion" gaben 25 o/o der Lehrlinge an, ihre Eltern würden den betreffenden Betriebsinhaber oder Lehrmeister kennen, bei 16 o/o war es ein Verwandter und 30 o/o hatten einen Freund, der im betreffenden Betrieb arbeitete. Was geschieht mit denen, deren Eltern sich nicht einsetzen können oder wollen?



Nun, zur ursprünglichen Fragestellung zurück: wie steht es mit der freien Wahl von Ausbildung und Beruf? Eine klare Antwort erhalten wir aus der Befragung von Lehrlingen im Oberwallis. Die Frage: "Hast du ursprünglich einen anderen Lehrberuf ergreifen wollen?" beantworteten 47 o/o der männlichen Lehrlinge, 63 o/o der weiblichen mit JA. Und: über 30 o/o der Mädchen (16 o/o der Buben) entschlossen sich für den Beruf, weil sie nichts anderes wussten oder keine andere Lehrstelle bekamen!!!

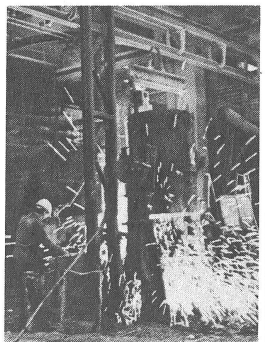
ZUR QUALITAET DER AUSBILDUNG

wollen wir hier nur wenig sagen. Mehrere Untersuchungen der letzten Zeit bestätigen, dass
– die Ausbildung in grösseren Unternehmen, oft mit eigenen Lehrwerkstätten, gründlicher und vielseitiger ist als im kleinen Betrieb
– mehr als die Hälfte der Lehrlinge von Anfang an zu 80–100 o/o für die Produktion tätig sind
– ein grosser Teil der Lehrlinge ausbildungsfremde und Routinearbeit verrichten muss
– die Mehrheit der Betriebe keinen theoretischen Unterricht bieten (dies ist Sache alleine der Berufsschulen)
– die gesetzliche Arbeitszeit von 9 Stunden Pro Tag, bzw. 50 Stunden pro Woche im Kleingewerbe, oft überschritten wird
– die Arbeitszeit des Lehrlings pro Woche (Betrieb, Berufsschule, Hausaufgaben) in der Regel bei ca. 60 Stunden liegt
– der Lehrlingslohn im ersten Jahr bei 150 bis 300 Franken liegt und bis zum vierten Jahr auf 400–700 Franken steigt.

Da die Ausbildung von Branche zu Branche, aber auch von Betrieb zu Betrieb erheblich schwankt, möchte ich es bei diesen allgemeinen Aussagen bewenden. Als kleine Ergänzung einige kurze Zitate aus der grossangelegten Untersuchung "Schweizer Lehrlinge . . ." zu einigen 'typischen' Ausbildungsgängen:

"An verschiedenen Stellen des Berichts sind die Lehrlinge der Bauberufe (Maurer, Strassenbauer, Dachdecker) besonders positiv aufgefallen. . . . Schon früh erhalten die Lehrlinge einen relativ grossen Lohn und haben einen recht hohen innerberuflichen Status (Zusammenarbeit mit un- und angelernten Kollegen, die viele Routine- und Hilfsarbeiten übernehmen). Die Lehrlinge kommen ausserdem in eine "Männergesellschaft", die das Ausleben dieses Rollenstereotyps in der wichtigen adoleszenten Phase zulässt. Schliesslich stimmen auch die Berufsaussichten optimistisch."

"In den typischen Frauenberufen des Verkaufs (Verkäuferin, Apothekerhelferin, Drogistin) beklagen sich viele



Lehrtöchter über eher unqualifizierte, unterfordernde, teilweise ausbildungsfremde und relativ langweilige Arbeit. Nur 55o/o dieser Berufsgruppe würden ihren Beruf wieder wählen." Und:

"Ebenfalls schlechte Arbeitsbedingungen treffen wir in den Berufen der Schönheitspflege (Coiffeuse, Kosmetikerin) an: Wenig Freizeit, viel Routine- und "ausbildungsfremde" Arbeit, oft nicht reglements-konforme, nicht planmässige Arbeit, nur geringe finanzielle Entschädigung, etc."

UND DIE BERUFSMOEGLICHKEITEN?

Die Lehrlinge haben nun ihren Beruf erlernt – dabei auch jahrelang praktisch gratis gearbeitet – wie sind nun ihre Chancen, eine gute Stelle zu finden?

In Basel hatten 18 Monate nach der Ausbildung ca. 2/3 der Lehrlinge eine feste Anstellung im erlernten Beruf gefunden oder befanden sich in Weiterbildung. Nach "Schweizer Lehrlinge" haben ein Jahr nach Lehrabschluss 80 o/o an, im erlernten Beruf zu arbeiten. Nur 32 o/o waren im Lehrbetrieb tätig.

Dass viele Leute schon während der Ausbildung erkennen, dass sie gar keine Lust haben, später auf dem Beruf zu arbeiten, ist ein weiteres Kapitel. In der oberwalliser Befragung gaben etwa die Hälfte der Lehrlinge an, sie möchten nicht auf dem Beruf arbeiten. Aber anscheinend waren alle andere Möglichkeiten noch schlechter . . .

Marianne Högsted:

GLEICH BERECHTIGUNG

KOMITEE 14. JUNI

Viele Gruppen und Parteien haben sich – in irgendeiner Form – für die Gleichberechtigung der Frauen eingesetzt. Andere haben sich offiziell dazu bekannt, und zum Schutze der Sittlichkeit, der Familie oder der Würde der Frau aktiv dagegen gearbeitet.
In Genf ist von vielen Organisationen erkannt worden, dass mit der Annahme des "Gleichberechtigungs"-Artikels nur ein kleiner Schritt in Richtung Gleichberechtigung getan worden ist. Sie haben sich zum "Komitee 14. Juni" zusammengeschlossen und setzen sich für die Verwirklichung der gleichen Rechte für Frau und Mann ein.

mh: Wieso habt Ihr dieses Komitee gegründet, wer macht mit?

Christiane Brunner: Wir haben dieses Komitee aufgrund der Ueberlegung gegründet, dass jetzt zwar ein Artikel zur Gleichberechtigung in die Verfassung aufgenommen worden ist, dies aber noch lange nicht genügt. Erfahrungen im Ausland zeigen deutlich, dass die gesetzliche Verankerung der Gleichberechtigung nicht viel über ihre Verwirklichung aussagt.

Die wenigsten wissen heute, was dieser Verfassungsartikel tatsächlich bedeutet, was man damit anfangen kann – das müssen wir versuchen zu erklären. Und wir wollen Frauen unterstützen, die mit einem Prozess ihren Anspruch auf gleichen Lohn durchsetzen wollen. Sonst bleibt es bei einigen Einzelaktionen, von denen niemand etwas weiss.

Das Komitee setzt sich aus Organisationen, nicht aus Einzelpersonen, zusammen. Es beschränkt sich heute auf die Region Genève. Etwa 20 Organisationen machen mit: feministische Gruppen, Gewerkschaften und linke politische Parteien. Daneben unterstützen uns viele Personen, z.B. bei der Beratung.

mh: Können die Aktivitäten dieser Gruppen, die sich ja alle in irgendeiner Form für die Gleichberechtigung der Frauen einsetzen, nun koordiniert und verstärkt werden?

CB: Die Gleichberechtigung ist ja eine äusserst komplexe Sache. Man kann nicht einfach einzelne Aspekte herauspflücken – es gehört alles zusammen. Spricht man von gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, muss man auch von den unterschiedlichen Arbeiten, welche Frauen und Männer verrichten, sprechen. Und diese hängen mit der Ausbildung zusammen, diese wiederum mit der Einstellung der Familie zur Ausbildung ihrer Kinder. Hier kommen Fragen zur Familie, zur Arbeitsteilung usw., usf. Die Gewerkschaften setzen sich inzwischen vermehrt für die Gleichberechtigung bei Lohnfragen ein – feministische Gruppen arbeiten oft auf dem Gebiet des Eherechts, der Sexualität, der Abtreibung. Es ist bis jetzt noch nie möglich gewesen, dass eine Organisation alle diese Aspekte berücksichtig. Zudem ist es aber sehr wichtig, dass die Organisationen das, was wir machen, auch nach aussen tragen.

Löhne und Gehälter 1980

Stundenverdienste:
d. männl. Arbeiter Fr. 14.65
d. Arbeiterinnen Fr. 9.90

Monatsverdienste:
d. männl. Angestellten Fr. 3706.–
d. weibl. Angestellten Fr. 2478.–

Bald "gleiche Löhne" durch schnelleres Steigen der Frauenlöhne? Im Jahr x vielleicht! Ein Beispiel:

Die Lohnerhöhungen betrugen für 'Angestellte' im Jahr 79/80 im Durchschnitt:

für Männer 5,3 o/o (von 3523.– auf 3706.– d.h. Fr. 183.– pro Monat)

für Frauen 5,8 o/o (von 2351.– auf 2478.– d.h. Fr. 127.– pro Monat)

Also: ein prozentual schnelleres Ansteigen der Frauenlöhne sagt nicht viel aus, weder über ihre Höhe noch über ihr reales Wachstum.

Quelle: Die Volkswirtschaft, Januar 82

mh: Welche sind die Hauptaktivitäten des Komitees gewesen?

CB: Als erstes haben wir eine Broschüre herausgegeben, in welcher erklärt wird, was die Verankerung der Gleichberechtigung bedeutet, was für Rechte und Möglichkeiten eine Frau heute hat. Zudem haben wir 2 x pro Woche einen Treffpunkt im Centre Femme d'Information

in Genève, wo ca. 50 Frauen im Turnus über alles, was Frauen und Gleichberechtigung betrifft, Auskunft geben. Hier haben wir von einer bestehenden Infrastruktur profitieren können. Im Frühjahr wollen wir eine mobile Ausstellung machen: mit einem Bus in die Vororte und Dörfer fahren, mit viel Foto- und Informationsmaterial, und mit den Leuten diskutieren. Mit der Zeit wird es sicher auch Frauen geben, die bereit sind, einen Prozess wegen ungleicher Entlöhnung zu führen, und diese Frauen möchten wir unterstützen,

mh: Sind die Unterschiede bei der Entlöhnung heute noch so gross?

CB: Sie variieren stark von Branche zu Branche. In der chemischen Industrie sind die Unterschiede noch ziemlich klein, grösser sind sie in der Uhren- und Metallindustrie. Am schlimmsten ist es dort, wo mehrheitlich Frauen arbeiten, z.B. in der Textilindustrie. Sehr oft verrichten aber Frauen und Männer nicht genau die gleiche Arbeit, so dass es sehr schwierig ist, Vergleiche zu ziehen und einen höheren Lohn zu verlangen.
Prozesse sind aber immer heikel, denn die klagende Frau muss mit einer Kündigung rechnen. Das ist ganz klar. Wir haben auch bis jetzt immer verloren, wenn es um die Anfechtung einer Kündigung eines aktiven Gewerkschaftlers ging. Die Unternehmen haben hier viele Möglichkeiten: sie können sagen, der Arbeiter hätte nicht zufriedenstellend gearbeitet. Oder wenn dies nicht geht, können sie eine interne Reorganisation vornehmen, wo er überflüssig wird.

mh: Werden Frauen heute durch viele Gesetze noch diskriminiert?

CB: Ja. Das Eherecht wird jetzt überarbeitet, einzelne Schulpläne auch, aber es gibt noch viele diskriminierende Gesetze. Ein Beispiel ist das Gesetz über die Einbürgerung von Ausländern. Wenn sich ein verheirateter Mann einbürgern lässt, wird die Ehefrau automatisch mit eingebürgert, ob sie das nun will oder nicht. Sie wird gar nicht gefragt. Wenn sie sich aber einbürgern will und ihr Mann ist dagegen, hat sie gar keine Möglichkeiten.

Christiane Brunner ist aktives Mitglied des Komitee 14. Juni, Rechtsanwältin, bis vor einem Jahr Sekretärin für Frauenfragen beim SMUV. Sie hat sich auf Fragen des Arbeitsrechts und der sozialen Sicherheit spezialisiert, gibt hierüber Kurse und wird oft bei Verhandlungen von den Gewerkschaften als 'Expertin' beigezogen.

Die Broschüre erklärt auf 40 Seiten die wesentlichen Rechte der Frauen und die Möglichkeiten, sie durchzusetzen. Es gibt sie nur auf Französisch (eine Uebersetzung auf Deutsch ist geplant). Sie kann bezogen werden bei:
Comité du 14 juin, Bd. Jacques-Dalcroze 7, 1204 Genève, 022 36 11 76

ökozentrum langenbruck

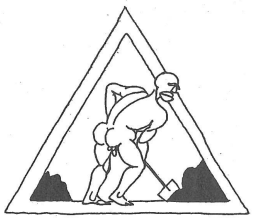
Energietechnische Gebäudesanierung im Oekozentrum Langenbruck

Wer macht wieder mit ?

Dank dem grossartigen Einsatz von einem halben hundert freiwilligen Helfern, die mit uns wohnten und arbeiteten und meist eine Woche und länger im Oekozentrum weilten, hat die energietechnische Sanierung unseres Zentrumsgebäudes im vergangenen Jahr einen beachtlichen Stand erreicht: Mit 40 Prozent des verfügbaren Geldes konnten wir bereits etwa 70 Prozent der benötigten Fremdenergie einsparen !
Im neuen Jahr möchten wir das Energiesanierungsprojekt zu Ende führen: Energiefassaden, Warmluft- und Warmwasserkollektoren, Infrarotabschirmungen, Warmluftdächer, Windfänge, Totalenergieanlage, Wintergärten, Holzvergaser, Ofenhaus, Fassadenverkleidungen etc. müssen dieses Jahr an die Hand genommen und fertig werden.

Wer hilft mit und möchte sich selber etwas Erfahrung im **Projektieren, Materialeinkaufen und Ausführen** aneignen ?
Jedermann und jedefrau sind wieder herzlich eingeladen zum **Mitgestalten, Mitlernen, Miterleben und Mitbauen !**
Wir bieten Kost & Logis, Unfallversicherung, Reiseentschädigung (Inland) und etwas Sackgeld.– Im vergangenen Jahr haben wir die Erfahrung gemacht, dass eine Woche fast zu kurz ist, um sich neben dem Einleben und Einarbeiten noch ausreichend in ein Arbeitsfeld vertiefen zu können; zudem ist es lehr- und abwechslungsreicher, auf verschiedenen Bauplätzen zu wirken. Wer längere Zeit kommen will, kann auch eine Aufgabe von der Projektierung bis zur Ausführung selber durchziehen.

Die Bausaison dauert vom 1. März bis in den Oktober; telephoniere uns doch bald, wenn und wann Du mitmachen möchtest: 062/601460 (Voranmeldung unerlässlich). Schriftlich sind wir erreichbar unter:
Oekozentrum, CH-4438 Langenbruck
BL Zi



Wer hat Lust, **Skilehrer/in** zu sein?
7. - 14 März, im Jaunpass, mit einer 5/6 Schulklasse. Wenn möglich J und S Qualifikation. Karl Buchs, Lehrer, Burgbühl, 1713 St.-Antoni; 037/35 13 87

Bei wem liegen Manuskripte von Büchern, Zeitschriften, Flugblättern, Broschüren etc. welche gesetzt werden sollten?
Ich erledige diese Arbeiten auf einem **Foto Satz - Computer** sauber und günstig. Auskunft über Preise und Schriftbilder erteilt: L. Kundert, Gesegnetmattstr. 1, 6006 Luzern Tel. 041/51 42 08

STIFTUNG ZENTRALSTELLE DER STUDENTENSCHAFT DER UNIVERSITÄT ZÜRICH

ARBEITS-VERMITTLUNG

Dietikon: Badewart(-in) für Sommer 1982. Gute Schwimmkenntnisse, Geschick für den Unterhalt der Anlagen und Maschinen. SLRG-brevetierte haben Vorzug.
Nr. 9160

Stellvertretung für Wirtschaftsfächer an Oberengadiner Mittelschule. 5.-20.3.82 ca. 30 Lektionen/Woche.
Nr. 1064

Fremdsprachige Studenten der oberen Semester gesucht, die sporadisch Fach-Texte in ihre Muttersprache übersetzen können. Alle Fachrichtungen, alle Sprachen.
Nr. 2059

Mehr Information unter Angabe der Stellen-Nummer bei:
Arbeitsvermittlung beider Hochschulen
Schönberggasse 2
8001 Zürich
Tel. 01/252 58 63

Eine Non-Profit-Organisation der Studentenschaft an der Universität Zürich

ZUVIEL Studenten?

JS. Seit Jahren wird in der Schweiz von einem Aerzteüberschuss geredet, um Maturanden davon abzuhalten, Medizin zu studieren. Nach einer fünfjährigen Stagnation der Anzahl Anwärter für das Medizinstudium gab es 1981 wieder 10 o/o mehr neue Medizinstudenten. Als Reaktion darauf hat vor einem Monat die schweizerische Hochschulkonferenz (SHK) durch die Medien ein beängstigendes Bild der jetzigen Situation im Gesundheitswesen in die Oeffentlichkeit gebracht: es gäbe viel zuviel Aerzte, abschliessende Studenten fänden keine Assistenzplätze, es beständen nicht genug Laborplätze für Studenten, usw.; sämtliche Schweizer Gymnasien erhielten von der SHK einen Brief, der ihnen rät, ihren Abiturienten mit allen Mitteln vom Medizinstudium abzuraten, da bei einer zu grossen Anzahl Medizinstudiumsanwärter die Einführung des Numerus Clausus unumgänglich wäre. Warum die steigende Anzahl künftiger Mediziner gar nicht sooo katastrophal und das Gesundheitswesen durchaus noch ausbaufähig ist (allerdings nicht in der gleichen Richtung wie bisher: Spezialisten gibt's genug), zeigen die folgenden Texte.

DER MEDIZINSTUDENT

Eine repräsentative Stichprobe aus der Universität Giessen, BRD, ergab bei Abiturienten schon vor dem Betreten der Universität die Affinität bestimmter Persönlichkeitsmerkmale zu bestimmten Fakultäten. Im Giessen-Test ergab sich für die Medizinstudenten folgendes Bild:

Der Mediziner ist wiederum ein prägnanter Tvo für sich. Anders als der Naturwissenschaftler glaubt er, dass er leicht Kontakt finden kann, wenn er will. Er fühlt sich andern Menschen nahe, und dem anderen Geschlecht gegenüber erlebt er kaum Befangenheit. Aber - und das erscheint nun gerade für einen künftigen Arzt erstaunlich - er neigt trotz seiner Kontaktsicherheit - wie er selbst sagt - nicht dazu, sich den anderen Menschen sehr aufzuschliessen. Im Gegenteil gibt er an, dass er den anderen eher misstraue und ihnen auch nicht viel von sich zeige. Zusammenarbeit mit anderen falle ihm eher schwer, und er sorge sich auch nicht besonders um andere Personen. Diese zuletzt genannte Aussage lässt zumal deshalb aufhorchen, weil dieses Merkmal erst während des Studiums zustande kommt. Der durchschnittliche, zum Medizinstudium entschlossene Abiturient glaubt noch, dass er sich eher häufig Sorgen um andere Menschen mache. Darin übertrifft er die anderen Abiturienten so deutlich, dass man annehmen kann, dass der Wunsch, anderen Menschen helfen zu wollen, tatsächlich zu den wesentlichen Motiven für den Entschluss zum Arztberuf gehören dürfte. Aber während des Medizinstudiums verschwinden diese fürsorglichen Empfindungen mehr und mehr, und am Ende stellt sich der Mediziner als jemand dar, der sich so selten wie niemand sonst unter den Studentengruppen sorgenvolle Gedanken um andere Menschen macht. Er zeichnet von sich eher das Bild eines selbstbezogenen, dabei weitgehend unbekümmerten Menschen. Er übertrifft alle übrigen Studenten in der Angabe einer gut ausbalancierten Stimmung. Er fühlt sich relativ unbeschwert von inneren Problemen oder gar selbstkritischen Tendenzen. Und er glaubt, dass man ihn als stark einschätze und seine Arbeit gut bewerte. Er ist also mit sich selbst offenbar recht zufrieden - und man fragt sich: trotz oder gerade wegen seiner defensiv getönten Zurückhaltung im sozialen Kontakt? Muss er vielleicht während seines Studiums seine Gefühle besonders kontrollieren lernen, um die ständige Konfrontation mit Krankheit und Tod überhaupt ungefährdet ertragen zu können? Aber muss, wenn dies unterstellt werden könnte, diese Gefühlsabwehr soweit gehen, dass am Ende ein typischer Mediziner herauskommt, dem ein sorgenvolles Mitfühlen mit seinen Mitmenschen fremder geworden ist als z.B. dem angehenden Juristen, Philologen oder Volksschullehrer? Ist dieser krasse Befund, wie er hier erhoben wurde, nicht doch eher eine Stütze für die Kritiker, die einen bedenklichen Effekt des gegenwärtigen, ganz aufs Labor ausgerichteten Medizinstudiums darin sehen, dass die angehenden Aerzte den Patienten als Menschen zu sehr aus dem Blickfeld verlieren? (1)

Schwierigkeiten im Studium

Verschiedene Untersuchungen ergeben übereinstimmend eine Häufung von Studienschwierigkeiten bei:
- Studenten aus ländlichen Herkunftsorten
- aus niedriger sozialer Schicht der Herkunftsfamilie (Prestigedruck der Familie, mangelndes Vorbild in der Familie, Anpassungsschwierigkeiten an die Normen und Werte des Universitätslebens, Konflikte mit den Norm- und Wertvorstellungen der Familie usw.)
- Schwierigkeiten mit den Eltern.

Studienleistungen korrelieren aber nicht mit sozialer Schicht!

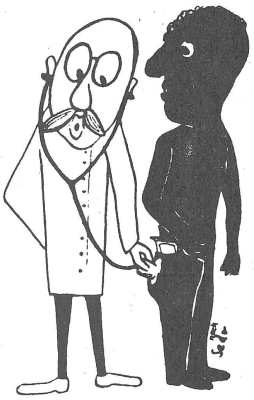
Studienabbrecher

Rund 25 o/o scheiden aus der Universität aus (Schweizer Universitäten 1973).
Bei Medizinstudenten erwiesen sich bei Studienabbrechern unter anderen folgende Merkmale als signifikant ausgeprägter gegenüber erfolgreichen Studenten (2):
- häufiger eine Motivation zum Medizinstudium durch schwerwiegende Krankheit bei Menschen ihrer eigenen Umgebung, Motivation, andere Menschen sachverständig zu beraten (besonders ausgeprägt bei weiblichen Studienabbrechern).
- weniger häufig ein guter Kontakt mit anderen Medizinstudenten.
- weniger häufig das Lernen in Gruppen von Kollegen oder das Verbringen von Freizeit mit anderen Medizinstudenten.
- häufiger Störung durch private Sorgen, häufiger Schwierigkeiten in Lernen von Chemie oder Physik, grössere Empfindlichkeit im Präpariersaal (Anatomie).
- Angst vor späterer beruflicher Tätigkeit als Arzt (15 o/o), Prüfungsangst und psychische Schwierigkeiten (16 o/o), nicht bestandene Prüfungen (nur 10 o/o).
- die Mütter erfolgreicher Studenten sind mehr als doppelt so häufig Akademikerinnen wie bei Studienabbrechern (20 o/o zu 8 o/o).

Der Autor stellt als Hypothesen auf: je weniger ein Medizinstudent während seiner medizinischen Ausbildung professionelle Verhaltens- und Normmuster aufweist und übernimmt, desto grösser ist die Wahrscheinlichkeit, dass er das Medizinstudium nicht erfolgreich abschliesst. Je geringer der Grad der Identifizierung mit der allgemeinen Studentenrolle, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit der Integration in dei Subkultur der Medizinstudenten. Je geringer die Integration in die Subkultur der Medizinstudenten, desto grösser ist die Wahrscheinlichkeit für den vorzeitigen Studienabbruch als Medizinstudent.

(1) : Beckmann, D., Moeller, M.L., Richter, H.E.,Scheer, J.W.: Studenten, Urteile über sich selbst, über ihre Arbeit und über die Universität. Aspekte, Frankfurt a.M., 1972.

(2) : Krähe, H., Studienabbruch und Studienfachwechsel bei Medizinstudenten, München 1970;



Der Numerus Clausus würde bedeuten, dass der Status Quo erhärtet würde:
- **Die etablierten Aerzte hätten sich wieder einmal mehr vor der Zusammenarbeit mit den nachwachsenden idealistischen Medizinern geschützt. Die ungenügende Gesundheitsversorgung der Bevölkerung würde aufrechterhalten bleiben.**
- **Die Hochschulen könnten ungestört weiterwursteln, ohne qualitative Umstrukturierungen und tiefgreifende Reformen vornehmen zu müssen. Soziale und psychische Krankheitsursachen würden weiterhin nicht bekämpft werden, da die entsprechende Ausbildung und Sensibilisierung sowohl der Fachaerzte als auch der Bevölkerung fehlen.**
- **Die jetzigen Medizinstudenten sind froh, die Prüfungen Überlebt zu haben, und stellen sich keine Fragen über ihre bisherige Ausbildung.**

Die Geschichte der bürgerlichen Hochschulpolitik ist die Geschichte von Standeskämpfen

In den Rezessionsjahren 74/75 war die Bestrebung, den Numerus Clausus für die prestigegeladene Studienrichtung Medizin einzuführen, am grössten gewesen.
Das damalige Geschrei um die hohen Ausbildungskosten kann nur wirtschaftlich und standespolitisch erklärt werden. Das Bürgertum bereitete die relative Kürzung der Bildungsausgaben vor, machte seine Studienplatzmangel-Propaganda und benutzte die Prüfungen (1. und 2. Prope) als Selektionsinstrument, um die Zahl der Medizin-Studenten in Schranken zu halten: Ueber 30 Jahre lang lag die Durchfallquote bei 20-25 o/o; ausgerechnet 1975 stieg sie sprunghaft auf 40 bis 60 o/o und blieb seither so hoch.(!) Der Trick mit dem Prüfungshorror hatte denn auch Erfolg: im Vergleich zu den anderen Studienrichtungen hat die Med. Studentenzahl viel weniger zugenommen. Erst im letzten Herbst stieg die Zahl der Anmeldungen wieder (Nachholbedürfnis?!) und verunsicherte jene Strategen, welche mit Psychoterror und inneruniversitärer Selektion den Numerus Clausus verschleiern wollten, um ihre Fassade der akademischen Freiheit aufrecht zu erhalten. Nun sehen sich die bürgerlichen Taktiker gezwungen, Farbe zu bekennen, und den seit 1975 real schon funktionnierenden "Numerus Clausus" offiziell zu institutionnalisieren. (Ob Bundesrat Hürlimann auf Grund seines Versprechens nun zurücktritt, ändert de facto nichts. Wahrscheinlich ist jener Bourgeois als "Opfer der Sachzwänge" sogar noch bereit, seinen Kopf rollen zu lassen, gerade damit sich strukturell nichts ändert.) Den Numerus Clausus nun als Sachzwang hinzustellen, ist für sie das einfachste, und bei ihren ökonomischen und standespolitischen Interessen auch wieder einmal das verschleiernste: Bildungsausgaben sind Kosten oder Luxus und rentieren nicht; sie mussten schon immer erkämpft werden.

Alternativen zu den erlogenen Sachzwängen

1. Die Kosten des Bildungs - und Gesundheitswesens seien untragbar
- trotzdem werden die Militärausgaben von Jahr zu Jahr erhöht.
- eingespart werden könnte vielmehr an den hohen Einkommen der Aerzte und Professoren, statt an der Ausbildung von Studenten und an der Therapie von Patienten.
- Anstatt die technizistische Medizin zu fördern, könnte an den teuren Apparaturen und praxisfernen Chemie- und Physiklaborplätzen gespart werden, um die Ausbildung in Psychologie und Soziologie zu fördern.
- Einführung eines obligatorischen 17-wöchigen Sozialpraktikums vor dem Beginn des Medizinstudiums.
- Abschaffung des Militärdienstes für das gesamte sozialmedizinische Personal.

2. Personalmangel an der Uni und deshalb schlechtere Ausbildung
- in der Vorklinik: Einführung von Tutoraten, mehr Arbeitsgruppen statt Frontalunterricht würde Ausbildungsqualität enorm erhöhen; durch ein Sozialpraktikum lernen und arbeiten.
- in der Klinik: an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientierte Ausbildung zum Allgemeinpraktiker; viel grösseren Einbezug in die Praxis: weniger an der Uni, mehr in den Spitälern anhand von konkreten Krankheitsgeschichten und Therapieformen lernen.

3. Zu viel Aerzte
- Dieses Argument stammt von der Aerztegesellschaft, die sich vor der Konkurrenz resp. Zusammenarbeit fürchtet.
- Patienten wissen: die Wartezimmer sind stets voll, die Behandlungszeit sehr kurz, Gespräche fehlen vielfach.
- Die Grundversorgung in Quartieren und auf dem Land ist immer noch ungenügend!
- Präventiv- und Sozialmediziner, welche die Krankheitsursachen bekämpfen, gibt es in der Schweiz erst etwa 10.

4. Zu wenig Assitenzstellen in den Spitälern

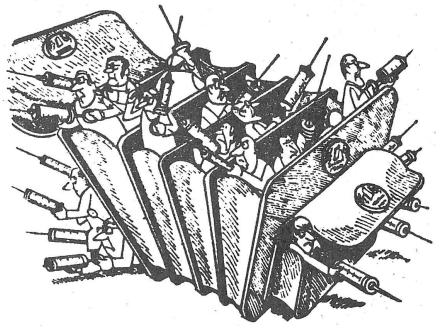
Die jetzige Arbeitszeit der Assistenten beträgr durchschnittlich 60 Stunden pro Woche. Die 40-Studen-Woche würde das Problem auf einfachste Art und Weise lösen!

Wer soll Medizin studieren, wer nicht?

Wenn der Numerus Clausus eingeführt wird, dann ist es sehr wahrscheinlich, dass auf die Maturanden zurückgegriffen wird, d.h.: Zugang zum Medizinstudium hat, wer z.B. mindestens eine 5,2 im Schnitt oder 80 Punkte hat.
Soll derjenige studieren, welcher die besten Noten nach Hause trägt, so dass der Leistungsstress an den Mittelschulen noch grösser wird?
Das Prüfungs- und Notensystem zielt schon an der Mittelschule auf diese Leitbilder ab: Die hohen Durchfallraten haben das Ansehen derjenigen, welche es geschafft haben. Je höher die Durchfallquote angesetzt wurde, desto höher gilt das Niveau des Lehrstoffes und der Fähigkeiten der paar wenigen welche durchgelassen wurden.
All jenen Studenten, welche nur auf die Prüfungen hin den Stoff schanzen, scheint es gar keine Rolle zu spielen, was sie lernen oder gelernt haben, wichtig ist vielmehr, dass die Hürde überwunden wurde und wenn die Hürden immer höher geschraubt werden, sprich: wenn der Leistungsdruck und die Disziplinierung gesteigert werden, fühlt man sich gezwungen, immer schneller und blinder, ohne die Umgebung zu überblicken, auf die Hürden loszurennen.

Telefonziitig
01/242 11 12
kurz und kritisch

Das Leistungsdenken scheint schon so verinnerlicht zu sein, dass die Ausbildungsinhalte gar nicht mehr kritisch in Frage gestellt werden. Was man wirklich lernen will, schient von dem, was man lernen muss, vollkommen überdeckt zu werden. Und gerade dieser Deckel verhindert ein Engagement für eine bessere Ausbildung, für mehr Praxisbezug usw.
Andererseits stützen sich die jetzt praktizierenden Aerzte auf die harte Ausbildung und legitimieren ihr hohes Einkommen und Prestige mit dieser psychischen Durststrecke. Weder die praktizierenden Aerzte noch die "erfolgreichen" Studenten haben ein Interesse an einer qualitativen Studienreform, wodurch eine Erhöhung der Studentenzahl erreicht werden könnte.



Nein zur Studienbeschränkung in der Medizin und in allen anderen Fächern

Wird der Numerus Clausus für Medizin eingeführt, erlaubt die Gesetzesänderung dann auch, jede andere Studienrichtung mit dem N.C. zu belegen. Das abschreckende Beispiel in Deutschland sollte eigentlich zeigen, wohin der Numerus Clausus führen kann: das Maturazeugniss entscheidet praktisch über die Studienwahl. Denn die paas Abiturenten, welche auf Grund ihres Zeugnisses einen Zugang zur Medizin oder der Psychologie haben, die nehmen ihn nach Deutschlands Erfahrungen auch wahr. Deshlab plädiere ich für einen breiten Ausbau des Bildungswesens (statt Selektion einer Elite) und für eine tiefgreifende Studienreform (statt hochtrabende Wissenschaft im Elfenbeinturm).

KLEININSERATE
(Siehe auch Seite 5)

Inserat

MELROSES
en Tee zum z'Morge

Melroses Tea offeriert dazu
8 ausgesuchte Tees:
Ceylon Orange Pekoe, Earl Grey, Queens, Keemun, 4 fine Ceylon.
Melroses Tea, Mainaustr. 32, 8008 Zürich

sende mir den z'Morgetee für Fr. 22.– (950 g)
interessiert mich doch das Lieferprogramm
Absender nicht vergessen:
. . . . . .
. . . . . .

Briefkontakt. Suche Briefpartner aus der Schweiz; schreibt an Paulo de Tarso, Rua Artur Bernardes 782, 37130 Alfenas - M6, Brasil

Junge Frau (30) interessiert an Fragen des Zusammenlebens der Menschen, am Lesen, sucht einen interessanten, zugewandten, männlichen Gefährten für das Gespräch, das gegenseitige Interesse, die Liebe, das Weiterlernen; dem es auch nur wohl ist im unautoritären Umgang und dem die gleiche Achtung aller Menschen der Welt auch ein Anliegen ist. Zuschriften an Chiffre lovelife 007

I should like to correspond with young men, who have similar hobby as I have it mean travells. I live in Poland I'm a student in Lodz. Zbigniew Lorentowicz, ul. Piotrkowska 203/5 m 20, 90 - 451 Lodz Poland.
Age 26; hobby: travels, film, music, books, view - cards, photos, tape - band. I can speak: polish, russian, german.

VW - Campmobil in Brasilien
bras. Transporter mod.78 mit bras. Zulassung, ca. 50'000 km, Eigenausbau, glasfaserisoliert, DB - Hochdach, Spüle, Herd usw., für 2 Erw. plus Kind, Wiederverkaufsmöglichkeit in Brasilien, keine Zollprobleme in Lat. America. Uebergabe Mai/Juni. Sfr. 11'000.- P. Schulz, C.P. 443, 13270 Valinhos - SP Brasilien.

VOXPOP
DER LADEN für Schallplatten
stauffacherstr.119 züri

Jeden Dinestag 18.30
in der Villa Stucki, Bern
Yogakurs
(Körperbeherrschung, Atemübungen, Tiefen entspannung, Meditation)
Tel. 58 22 70

Das Gesundheitswesen heute
1. Ueberfüllte Wartezimmer bei den Aerzten; zeitliche Ueberbelastung (Arbeitsstress und Arbeitshetze) bei den Medizinern:
- 60-70 Stundenwoche der Assistenzärzte.
- 50-60 Stundenwoche der selbständig praktizierenden Aerzte.
2. Schlechte Grundversorgung der Bevölkerung wegen Konzentration in Städten, mehr Spezialisten und immer weniger Allgemeinpraktiker. Bedürfnis nach mehr Quartierpolyklinken und Landpraxen.
3. Aufs Labor ausgerichtetes, technisch-naturwissenschaftliches Medizinstudium, total vernachlässigte Sozial- und Präventivmedizin, dafür entsprechend grössere Pharmageschäfte.
4. Einkommen von rund 200'000 bis 300'000 Franken pro Jahr der etablierten Aerzte; erzkonservative und reaktionäre Aerztegesellschaft (FMH); daneben im Parlament Geschrei um Kostenexplosion im Gesundheitswesen.
5. Kürzung der Bildungs- und Sozialausgaben und Erhöhung der Militärausgaben.
AMERIQUE LATINE
AFRIQUE
Kleine Natursache-
grosse Wirku
collypan
steril
The Sumitomo
¥10000

die gruppe:

Wir stellen uns vor:

Kommission für Entwicklungsfragen
des VSETH
Leonhardstrasse 15
8001 Zürich

Die Kommission für Entwicklungsfragen ist eine Kommission des Vereins der Studierenden an der ETH (VSETH). Die Mitglieder der Kommission werden vom DC (Parlament des VSETH) gewählt, 5-6 an der Zahl. Dazu gesellen sich noch weitere engagierte Mitarbeiter/innen von ETH und UNI. Während des Semesters machen noch weitere Leute in Arbeitsgruppen zu bestimmten Themenbereichen mit.

In den letzten zwei Semestern gab es solche Arbeitsgruppen zu folgenden Schwerpunkten: Hunger ud unsere Ernährungsgewohnheiten, Reisen in die 3. Welt, Südafrika - Boykott - Woche, Palästina sowie Teilnahme am Symposium der Solidarität in Bern. In diesem Winter starteten wir mit dem Bananenspiel, in der Absicht, Leute zu motivieren, bei uns mitzuarbeiten. Zum Film "Septemberweizen" fanden sich einige Studenten/innen, die bereit waren, ein umfassendes Rahmenprogramm zu den einzelnen Filmteilen an 4 Abenden zu gestalten.

Mit dieser Darstellung unserer Aktivitäten wäre eigentlich schon gesagt, was unsere Hauptaufgabe an der Hochschule ist; die Oeffentlichkeitsarbeit, oder noch ambitiöser ausgedrückt, die "Bewusstseinsbildung" an den Studenten. Was an diesen beiden Bildungsanstalten herangezüchtet wird, soll ja später einmal Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft werden. Wir finden aber, dass die Entscheide in erster Linie den ohnehin schon Mächtigen dienen. Dafür werden die Bedürfnisse der weniger privilegierten nicht berücksichtigt. Solche Benachteiligte sind bei uns Gastarbeiter, Bewohner von Randgebieten; weltweit sind es Landbewohner und Menschen in den Slums der Entwicklungsländer. Niemand kann heute noch bestreiten, dass Unterentwicklung und Armut auf der einen Seite und Ueberentwicklung und Ueberfluss auf der andern sich gegenseitig verursachen. Die Entscheide, die bei uns in Politik und Wirtschaft getroffen werden, aber auch persönliche Haltungen eines jeden einzelnen zementieren bloss diese Strukturen, die darauf hinauslaufen, dass der Graben zwischen Arm und Reich ständig grösser wird. Dabei ist es oft Unwissenheit, die viele Menschen veranlasst, egoistisch und zerstörerisch zu handeln. Dieser Unwissenheit über globale Zusammenhänge, die an UNI und ETH gefördert wird, möchten wir mit unseren Aktionen entgegenwirken.

Konkret heisst das, dass wir an Veranstaltungs- und Filmabenden Informationen weitergeben und Emotionen wecken wollen. Aber oft bleibt ein ungutes Gefühl zurück: Wir bieten einer Minderheit von Interessierten ("immer wieder die gleichen; wie können wir andere ansprechen?") einmalige Informationen, meist ziemlich viel und erdrückende, so dass sich der Intellekt schützend vor das Gefühl stellt und das Ende der Veranstaltung etwa mit dem Ende der Betroffenheit übereinstimmt. "Was kann ich schon dagegen unternehmen, wenn in anderen Kontinenten Millionen verhungern?" - "Nichts!" und damit Ende des Gedankenganges! Es scheint uns deshalb sehr wichtig, dass bei unsern Veranstaltungen die Frage "was wir dagegen tun können" nicht utopisch ist, dass eine reale Antwort darauf existiert.

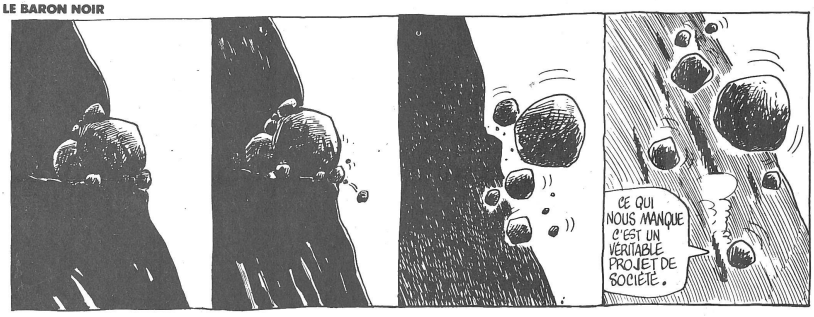
So sollte die Information zum Hunger, die wir in der Reihe "Septemberweizen" boten, Anlass gegeben haben, unsere - des Schweizers - Ess- und Konsumgewohnheiten zu überprüfen und zu ändern - Entwicklung an sich selbst.

In unserer Gruppe kann jede/r jene Arbeit übernehmen, die seinen Wünschen am meisten entsrpicht. Es gibt also keine hierarchischen Strukturen; wir versuchen uns vielmehr, in autonomer Zusammenarbeit zu verwirklichen.

Damit wäre schon ein wichtiger Punkt unserer persönliche Motivation genannt. Als weitere Gründe können wir anführen: Ausgleich zum Studium, Zugang zu Informationen (Wir führen eine umfangreiche Bibliothek), Diskussion mit gleich - und andersgesinnten.

Wenn dich unsere Gruppe und unsere Arbeit interessiert, so findest du uns in der 3. Weltbibliothek im Zimmer A 73 einen Stock unter der ETH - Mensa. Unsere Bibliothek ist täglich von 12 bis 14 Uhr geöffnet. Zur Sitzung treffen wir uns jeden Mittwoch Abend im Semester um 19 Uhr.

LE BARON NOIR



SCHWEIZER NEUTRALITAET wie lange noch?

Ueberall Probleme, auch bei Studentinnen und Studenten. In der Schweiz droht Stipendienabbau und noch viel mehr in der Welt hinter unseren Grenzen. In Lateinamerika ist kritisch studieren lebensgefährlich, in USA gibt's kein Geld mehr für die Universitäten deren Forschung nicht militärische Anwendungen zeigen und Studenten, die gewerkschaftliche Aktivitäten in Polen treiben, werden verfolgt. Fünf Minuten nach dem Ende der Vorlesungen dürfen in den Unis Polens keine Studenten mehr sichtbar sein. Big brother is watching you. "Qualifikation und Bildung sind die Zukunft der Menschheit. Wir akzeptieren nicht, dass diese Zukunft zugunsten des Profits wirtschaftlicher Ziele zerstört wird." (Zitat aus der AIE-Charta)

Unsere Zukunft ist tatsächlich in Gefahr, auf der ganzen Welt. Der Kampf um dessen Verteidigung wird immer härter, deshalb ist auch etwas neu wiederentdeckt worden: die Solidarität der Völker wie auch der Studierenden über den Grenzen. Das Monopol und die Verantwortung in dieser Sache hatte bis jetzt ein internationaler Studentenverband, der ISB. Jedoch existiert seit dem Sommer 1981 ein zweiter internationaler Studentenverband, die AIE.

Die Beschreibung die jetzt folgt wurde von einer Arbeitsgruppe des VSETH in Zürich zusammengestellt und soll dem Leser und Leserin ein aufklärendes Bild dieses wenig besprochenen Themas geben.

DIE ORGANISATIONEN

ISB – UIE (Internationaler Studentenbund)

Wurde 1946 in Prag gegründet, Prag, weil dort im November 1939 erste tragische Ereignisse stattfanden, die Anlass gaben zum Aufbau von Beziehungen zwischen nationalen Studentenverbänden während des II. Weltkrieges, die gemeinsam gegen den Faschismus kämpften. 1946 waren es 43 Organisationen aus 39 Ländern, die am Gründungskongress mitmachten. Die Hoffnung war gross und sie wurde folgendermassen ausgedrückt: **"Einheit für Wiederaufbau, Einheit für eine bessere Zukunft, Einheit für Frieden und Kampf gegen den Imperialismus."**

Jedoch schon ab 1948 bedroht die Krise die junge Organisation, denn der ISB wird immer mehr ein Instrument der Politik von Stalin, die durch die Vereine der Oststaaten zum Ausdruck kommt. Sie bricht aus als der ISB beschliesst, die Jugoslawische Organisation auszuschliessen, nach dem Bruch zwischen Tito und Stalin. Daraufhin ziehen sich alle Westeuropäischen Organisationen zurück. 1952 in Edinbourgh schliessen sich diese unzufriedenen Organisationen zusammen und gründen 1956 die CIE (Conférence internationale des étudiants). 50 nationale Studentenverbände nehmen teil. Aber dieses Mal – das gehört auch zur Politik – sind es die Amerikaner, die sich in die Organisation infiltrieren und da ihre Politik durchsetzen. Die Skandale, die in den 60er Jahren ausbrechen, besiegeln den Tod dieser Organisation.

Nach einer internationalen Struktur suchen, kehren dann gewisse Organisationen zur UIE zurück, die jedoch ihre Krise noch nicht überwunden hat. Denn 1968, als die "Normalisierung der Studentenverbände" in der Tschechoslowakei und in Polen durch die Truppen des Warschauerpakts vorgenommen wurde, leistet der ISB volle Unterstützung. Die Situation beruhigt sich jedoch, und da der ISB die einzige Organisation mit internationaler Struktur ist, wächst sie heran zu jetzigen Zahlen von ungefähr 90 Verbänden. Ihrer Grösse entsprechend hat sie den Beobachterstatus bei der UNESCO.

DIE AIE

(Association internationale des étudiants)

Sich seit mehreren Jahren treffend, haben sich im Juni 1981 in Paris 63 Verbände aus 45 Ländern, versammelt und den Entschluss gefasst, die AIE zu gründen. Sie haben alle eine gemeinsame Charta unterzeichnet, die ihre Unabhängigkeit von den Regierungen, den Diplomaten und den Reformen garantieren soll. Es wurde auch entschieden, den Gründungskongress des AIE, auf Einladung des NZS, in Polen (Warschau) abzuhalten, im November 1981. Mit der Entwicklung der politischen Situation in Polen ist dieser Kongress auf ein unbekanntes Datum hinausgeschoben worden.

WARUM DIESE GRUENDUNG

Die in Paris versammelten Organisationen hatten den gemeinsamen Wunsch, eine wirklich politisch unabhängige, demokratische Organisation zu bilden. Dem ISB wurde vorgeworfen, dass er diese Bedingung nicht erfülle und seine Krise noch nicht überwunden habe. Das Thema, das zur Zeit die grössten Auseinandersetzungen auslöst, ist Polen. Die ISB hat von Anfang an den staatsunabhängigen polnischen Studentenverband NZS, der sich parallel zur Gewerkschaft Solidarität aufbaute, verurteilt. Dagegen wurde der NZS von der AIE sofort aufgenommen und er hat aktiv bei der Konferenz in Paris teilgenommen mit einer zahlenmässig starken Delegation. Diese Delegation ging dann auch an den Kongress der ISB, der eine Woche später in Wien stattfand.

Der Vorfall der dort geschah wird sehr verschieden interpretiert. Der ISB meldet, dass der NZS nach Absprache mit der polnischen staatlichen Organisation SZSP wieder abgereist sei. Der NZS beklagt sich aber, dass "seine Vertreter aus dem Saal verwiesen worden sind unter der unsinnigen Begründung, sie würden überhaupt niemand vertreten." (Zitat aus dem Brief der CUAE an den VSETH) Man kann dagegen in Erinnerung rufen, dass über 500'000 Studenten und Professoren einen Monat lang auf Aufruf des NZS in Polen gestreikt haben. Die einzige in Wien anwesende Organisation, die doch die Diskussion mit dem NZS aufnahm, war die Schweizer Delegation des VSS. Jetzt, mit dem Einsatz des Kriegsrechtes in Polen, hat sich die Lage kristallisiert. Der NZS ist verboten und die ISB beglückwünscht sich zu dieser Lage, wie es die meisten kommunistischen Parteien von Ost und West tun.

Genau da setzt die AIE den Beweis an, um zu zeigen, dass die ISB politisch abhängig ist. Die AIE hat einen Appell des NZS erhalten, der eine Liste von mehreren hunderten Mitglieder des NZS enthält und sie hat eine Protestaktion gestartet, die die Studenten zu einer internationalen Solidarität bewegen soll.

WAS IST MIT DER SCHWEIZ?

Der nationale Verband VSS/UNES ist in keiner der beiden Organisationen Mitglied, denn der VSS ist der Meinung, sich kein klares Bild machen zu können. Er hat im ISB jedoch einen Beobachterposten. Allerdings sind nicht alle schweizer Verbände im VSS, so hat die Genfer Organisation CUAE (Conférence universitaire des associations d'étudiants) mit der AIE Beziehungen aufgenommen und war im Juni in Paris anwesend. Die CUAE hat danach auch alle schweizerische Organisationen zu einer öffentlichen Diskussion eingeladen über das Thema der internationalen Organisationen. Bis jetzt ist sie aber auf ein totales Schweigen gestossen.

Eigentlich nicht mehr so total, denn der VSS hat beschlossen, sich dieser internationalen Solidaritätskampagne anzuschliessen und der erste Schritt war eine Unterschriftensammlung zu einem Appell des NZS, und es wird wahrscheinlich nicht dabei bleiben (einzelne Partnerschaft von polnischen Studenten ist vorgesehen), denn es bewegt sich etwas in den Verbänden des schweizer Ländli.

Daniel Zürcher

Vorwärts zum Ostermarsch 1982 - Der Atomtod bedroht uns alle

Die Friedensdemo vom 5.Dezember 1981 hat deutlich gezeigt, dass auch in der Schweiz Zehntausende sich für die Erhaltung des Friedens einsetzen wollen. Die Friedensdemo war nur ein Anfang. Dazu kommen die Friedenswochen in Basel, Zürich und Freiburg, ein Friedenswochenende in Luzern, über 70'000 Unterschriften unter den Schweizer Appell für Frieden und gegen den Atomtod, davon wurden 1000 an der Uni Zürich gesammelt. Die schweizerische Friedensbewegung fühlt sich als Glied der europäischen und weltweiten Friedensbewegung, denn der Atomtod bedroht uns alle!

Für die Schweiz hat sich die Lage seit dem 2. Weltkrieg entscheidend verändert: spätestens seit 1974 planen die USA einen auf Europa begrenzten Atomkrieg. Die qualitativ neuen Nato-Mittelstreckenraketen Pershing II und Cruise Missile, die ab 1983 in Europa - 108 Pershing II sollen sogar nur 200 km von der Schweizer Grenze entfernt aufgestellt werden - stationiert werden sollen, können diesen US-amerikanischen Traum Wirklichkeit werden lassen. Selbst wenn sich die Schweiz nicht direkt an einem nuklearen Krieg in Europa beteiligen würde, machen die Auswirkungen eines solchen Krieges weder vor unseren Landesgrenzen noch vor der schweizerischen Neutralität halt. Radioaktive Strahlungen und Niederschläge, Druckwellen und Hitzestrahlungen werden weder durch die Waffen der Schweizer Armee noch durch die Zivilschutzanlagen aufgehalten. Ein Atomkrieg in Europa würde somit auch die Schweiz vollständig vernichten. Jegliches Leben wäre ausgerottet und die Natur vollends verseucht.

Solidarisches und weltweites Handeln mit anderen Friedensbewegungen gegen Aufrüstung und für Entspannung ist notwendig. Vielfältige Osteraktivitäten und unzählige Ostermärsche in ganz Europa (aber sicher auch anderswo) werden den Friedenswillen aller Völker erneut unter Beweis stellen und die Friedesnarbeit des letzten Jahres fortsetzen. Auch in der Schweiz wird an die Ostermarschbewegung der 60er Jahre angeknüpft. Dieser Bewegung verdanken wir nicht zuletzt, dass die Schweiz über keine Atomwaffen verfügt. Es ist für uns Europäer zu wünschen, dass wir gemeinsam den Nato-Doppelbeschluss verhindern können.

In der Schweiz werden lokale und regionale Friedensveranstaltungen die Ostermarschaktivitäten eröffnen. Der Ostermarsch selbst wird im Zeichen der internationalen Verbundenheit stehen und deshalb zusammen mit den elsässischen und süddeutschen Friedensfreunden in Basel am Ostersonntag stattfinden. Ein Friedensfest in Basel wird der Höhepunkt sein.

Auszüge aus dem offiziellen Aufruf zur Beteiligung an den Osteraktionen 82 für den Frieden:

Der Atomtod Bedroht uns alle !

Wir sind die erste Generation in der Geschichte der Menschheit, die mit Hilfe von Technik und Wissenschaft innerhalb weniger Stunden alles Leben auf dieser Erde zerstören kann.

Wir sind bedroht von immer irrsinnigeren Rüstungsanstrengungen, die angeblich den Frieden sichern wollen, aber in Wirklichkeit selbst zur grössten Kriegsdrohung geworden sind.

Aus dieser Ueberzeugung und in grösster Sorge um unser aller Zukunft demonstrieren wir mit dem Ostermarsch 82 im besonderen:

– Für Abrüstung in Ost und West. Für ein atomwaffenfreies Europa. Für die Auflösung der Militärblöcke.

– Gegen den NATO-Doppelbeschluss und überhaupt die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Ost- und Westeuropa.

– Für Blockfreiheit als Prinzip schweizerischer Aussenpolitik, insbesondere aktive Solidarität mit der 3. Welt in ihrem Kampf um Freiheit und gerechte wirtschaftliche Beziehungen sowie eine aktive Friedenspolitik.

– Für die Entmilitarisierung unserer Gesellschaft.

– Für die Realisierung und Erweiterung der Menschenrechte in allen Ländern, auch in der Schweiz.

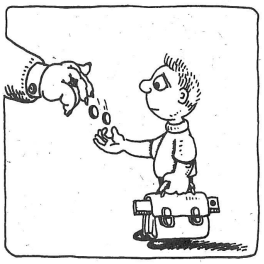
Wir rufen alle Studenten und Studentinnen auf, in den lokalen und regionalen Vorbereitungsgruppen mitzuarbeiten und am Ostermarsch teilzunehmen.

Kontaktadressen:

Zürich: VSU-Friedensgruppe, Rämistr. 66,8001 Zch, 01/69 31 40

Basel: Christian Gabriel, Rebgasse 1 4058 Basel (Mo, Di, Fr)

Fribourg: Groupe fribourgois d'action nonviolante, Rue Locarno 7, 1700 Fribourg, 037/22 21 30



Sammelfrist bis Ende Februar verlängert

PETITION VSS

Ueber dem schweizerischen Stipendienwesen brauen sich dunkle Gewitterwolken zusammen: Die Bundessubventionen an die Kantone für Stipendien sollen ab 1985 gestrichen werden. Eine 10-prozentige Subventionskürzung wurde bereits durchgespielt.

Was kann ich zur Verhinderung der Stipendientragödie tun ?

Viel, wenig oder gar nichts. Wenn du wenig tun willst, unterschreibe die Stipendienpetition des VSS (Bögen bei deiner Studentenschaft). Wenn du viel dagegen tun willst, hilf uns Unterschriften zu sammeln. Wenn ihr aber sehr vile tun wollt, werdet in eurem Wohnkanton aktiv: Schreibt Artikel für die Lokalpresse, "bearbeitet" eure Volksvertreter und Volksvertreterinnen in den eidgenössischen Räten. Die Tessiner Studenten haben sich zusammengeschlossen und dies bereits getan. Kürzlich verbuchten sie einen Erfolg vor Bundesgericht, ...

Viel Zeit bleibt uns aber nicht. Die Debatten über die Subventionsstreichungen finden demnächst statt.

Wendet euch an eure Studentenschaft oder an den VSS, Erlachstr. 9, 3012 Bern, 031 - 23 28 18.

"Erfolgreiche" Unterschriftensammlung

Da ihm die studentischen Sammler verdächtig schienen, organisierte der Direktor der Freiburger Berufsschule die Unterschriftensammlung gleich selbst: eine Lehrerkonferenz wurde einberufen und jeder Lehrer aufgefordert, bei seinen Schülern die Petition gegen Stipendienabbau herumzureichen. Resultat: 500 Unterschriften. –

Ceux qui signent y's ont pas besoin de faire l'inter la semaine prochaine.